Deutscher Bundestag **Drucksache 20/12124**
20. Wahlperiode 27.06.2024

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Gruppe Die Linke – Drucksache 20/11504 –

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2023 und aktuelle Daten – Schwerpunktfragen zur Asylverfahrensdauer

Vorbemerkung der Fragesteller

Die durchschnittliche Asylverfahrensdauer betrug im Jahr 2022 7,6 Monate (vgl. hierzu und, soweit nicht anders angegeben, auch im Folgenden: Bundestagsdrucksache 20/6052). Bei Herkunftsländern mit schlechten Anerkennungschancen verliefen die Verfahren bedeutend schneller (Moldau: 1,7 Monate, Montenegro: 1,8 Monate, Bosnien-Herzegowina: 2,2 Monate, Georgien: 2,9 Monate). Im Vergleich einzelner BAMF-Außenstellen (BAMF = Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; bei gleichen Herkunftsländern) fallen die Standorte Heidelberg, Bad Fallingbostel, Karlsruhe und weitere mit deutlich überdurchschnittlichen, z. T. doppelt so langen oder noch längeren Verfahrensdauern auf. Besonders lange dauern Verfahren, nämlich 22,6 Monate, wenn zunächst eine Überstellung in einen anderen EU-Mitgliedstaat versucht, die Asylprüfung dann aber doch in Deutschland vorgenommen wurde. Seit Anfang 2023 wird bei einem der Asylprüfung vorgeschalteten Dublin-Verfahren die Verfahrensdauer erst ab Feststellung der Zuständigkeit Deutschlands berechnet (vgl. www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2023/230505-asylgeschaeftsstatistik-april-2023.html). Solche Dublin-Verfahren dauerten im Jahr 2022 durchschnittlich 2,3 Monate.

Vor allem die Dauer der Asylgerichtsverfahren stieg in den vergangenen Jahren an, von 7,4 Monaten im Jahr 2016 über 12,5 Monate im Jahr 2018 auf 26,5 Monate im Jahr 2021, 2022 waren es noch 26 Monate. Gerichtliche Eilverfahren, etwa in Fällen einer Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“, sind bedeutend schneller, hier dauern die gerichtlichen Verfahren nur etwa 1,5 Monate (vgl. Antwort zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 20/5709). Bei den Asylklageverfahren gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Bundesländern: In Rheinland-Pfalz betrug die Verfahrensdauer im Jahr 2022 mit 5,9 Monaten nicht einmal ein Viertel des bundesweiten Durchschnittswerts, überdurchschnittlich lange dauerten Gerichtsverfahren hingegen in Brandenburg (43,4 Monate), Hessen (33,9 Monate) und Niedersachsen (32,3 Monate). Ein Grund für die erheblich gestiegene Dauer der Gerichtsverfahren ist aus Sicht der Fragestellenden die große Zahl mangel- oder fehlerhafter Bescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge: 37 Prozent der von den Gerichten inhaltlich überprüften Bescheide erwiesen sich im Jahr

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern und für Heimat vom 27. Juni 2024 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

2022 (bis November) als fehlerhaft bzw. rechtswidrig (vgl. Antwort zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 20/5709).

Die gesamte Asylverfahrensdauer bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung, d. h. ggf. inklusive eines sich an das behördliche Verfahren anschließenden Gerichtsverfahrens, betrug 2016 noch 8,7 Monate, 2018 waren es 17,6 Monate und im ersten Halbjahr 2021 24 Monate. Für das erste Halbjahr 2022 sank der Wert auf 21,8 Monate (Russland: 44,1 Monate, Pakistan: 38,1 Monate, Nigeria: 35,4 Monate, Iran: 35,1 Monate, Afghanistan: 28,1 Monate). Bei Ländern mit schlechten Anerkennungschancen lag die Gesamtverfahrensdauer inklusive etwaiger Gerichtsverfahren deutlich niedriger, z. B. Bosnien-Herzegowina: 5 Monate, Moldau: 5,5 Monate, Montenegro: 6,5 Monate.

Die Bundesregierung und das BAMF bezogen sich in der Vergangenheit bei Angaben zur Asylverfahrensdauer immer wieder auf neue Berechnungsmodelle (z. B. „Verfahrensdauer am aktuellen Rand“, „Verfahrensdauer Neuverfahren“). Nach Auffassung der Fragestellenden geschah dies, um gegenüber der Öffentlichkeit behaupten zu können, das politisch vorgegebene Ziel dreimonatiger Verfahrensdauern sei erreicht worden (vgl. Vorbemerkung der Fragestellenden auf Bundestagsdrucksache 19/13366). Seit September 2018 wird z. B. auf die sogenannte Jahresverfahrensdauer abgestellt, die nur Verfahren umfasst, die in den vergangenen zwölf Monaten begonnen und wieder abgeschlossen wurden, länger als ein Jahr dauernde Verfahren bleiben damit unberücksichtigt.

Irreführende statistische Darstellungen zur Verfahrensdauer gab es aus Sicht der Fragestellenden auch in anderen Kontexten: So behauptete der damalige Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer zum einjährigen Bestehen sogenannter AnkER-Zentren im August 2019, es gebe dort „deutlich kürzere Bearbeitungszeiten“ (www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/07/20190731-bilanz-1-jahr-ankerzentren.html). Doch das war vor allem einem statistischen Effekt geschuldet, denn wegen der Neugründung der „AnkER“-Zentren konnten dort noch gar keine längeren Verfahren in die Berechnung mit eingehen. Im Jahr 2020 dauerten die Verfahren in „AnkER“-Zentren mit 8,4 Monaten dann bereits länger als im allgemeinen Durchschnitt (8,3 Monate), und das war auch in den Jahren 2021 (7,3 statt 6,6 Monate) und 2022 (8,2 statt 7,6 Monate) der Fall.

Sogenannte beschleunigte Asylverfahren nach § 30a des Asylgesetzes (AsylG) spielen in der Praxis kaum eine Rolle. 2022 gab es 480 Entscheidungen nach § 30a AsylG, das waren gerade einmal 0,2 Prozent aller BAMF-Entscheidungen.

Mit dem am 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren (Bundestagsdrucksache 20/4327) sollen insbesondere die gerichtlichen Verfahren beschleunigt werden. Sachverständige äußerten im Rahmen einer entsprechenden Anhörung Bedenken, dass ein genau gegenteiliger Effekt erreicht werden könnte (vgl. Wortprotokoll der 23. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat vom 28. November 2022). Die Abschaffung der anlasslosen Widerrufsprüfungen und den damit verbundenen Entlastungseffekt für das BAMF begrüßten die meisten Sachverständigen hingegen. Kritik einzelner Sachverständiger gab es an der Einführung der Video-Konferenz-Technik für Asylanhörungen bzw. zur Gewährleistung einer Übersetzung in Anhörungen.

1. Wie lange war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Asylverfahren bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 (bitte, auch im Folgenden, jeweils getrennt auflisten), und wie lange war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer im Jahr 2023 bis zu einer unanfechtbaren (rechts- oder bestandskräftigen) Entscheidung (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten und zudem Algerien, Marokko, Tunesien, sowie nach Erst- und Folgeanträgen differenzieren)?

Die Angaben zur Verfahrensdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2023	
Staatsangehörigkeiten gesamt	6,8
darunter:	
Syrien	5,0
Afghanistan	9,3
Türkei	6,7
Irak	9,8
Georgien	4,5
Iran	11,0
Nordmazedonien	3,6
Russische Föderation	10,6
Somalia	9,8
Eritrea	7,1
Serbien	2,8
Ungeklärt	8,2
Moldau	2,7
Nigeria	17,2
Albanien	3,6
Algerien	5,5
Tunesien	6,8
Marokko	6,4
Bosnien und Herzegowina	3,3
Kosovo	4,0
Ghana	9,1
Montenegro	2,7
Senegal	12,7

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2023	
Gesamt	6,8
davon	
Erstanträge	6,7
Folgeanträge	7,2

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
01.01.–30.04.2024	
Staatsangehörigkeiten gesamt	7,4
darunter:	
Syrien	5,8
Afghanistan	9,6

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
01.01.–30.04.2024	
Türkei	7,8
Irak	11,2
Georgien	5,2
Russische Föderation	9,0
Iran	13,1
Nordmazedonien	3,1
Tunesien	5,7
Somalia	11,1
Algerien	5,5
Serbien	2,4
Eritrea	9,6
Ungeklärt	9,6
Moldau	1,7
Marokko	5,9
Albanien	2,6
Bosnien und Herzegowina	3,3
Kosovo	2,1
Ghana	9,1
Montenegro	1,6
Senegal	10,3

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
01.01.–30.04.2024	
Gesamt	7,4
davon	
Erstanträge	7,5
Folgeanträge	6,6

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung in Monaten	
Jahr 2023	
Staatsangehörigkeiten gesamt	18,5
darunter:	
Syrien	11,7
Türkei	17,6
Afghanistan	15,5
Irak	27,4
Iran	31,7
Georgien	11,4
Russische Föderation	37,6
Somalia	25,4
Eritrea	14,0
Ungeklärt	22,8
Venezuela	26,7
Guinea	26,7
Nordmazedonien	7,5
Kolumbien	24,6
Pakistan	33,7
Algerien	10,8
Marokko	13,3

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung in Monaten	
Jahr 2023	
Tunesien	10,7
Albanien	10,3
Bosnien und Herzegowina	9,3
Ghana	25,5
Kosovo	15,6
Moldau	8,0
Montenegro	9,2
Senegal	30,4
Serbien	8,0

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung in Monaten	
Jahr 2023	
Gesamt	18,5
davon	
Erstanträge	18,5
Folgeanträge	18,9

Wie bereits in der Vorbemerkung und den Antworten der Bundesregierung in der thematisch vorherigen Kleinen Anfrage „Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Halbjahr 2023 – Schwerpunktfragen zur Asylverfahrensdauer“ (Bundestagsdrucksache 20/8787) hingewiesen, wurden mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren zum 1. Januar 2023 unionsrechtliche Vorgaben zu Verfahrensfristen im Asylverfahren umgesetzt. Maßgeblich für die Berechnung der Verfahrensdauer ist nunmehr der Zeitpunkt, zu dem Deutschland für das Verfahren zuständig wurde. Ein Vergleich mit Berechnungen, die vor dem Inkrafttreten erfolgten, ist daher nur bedingt möglich.

2. Wie lange war im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen bzw. 2023 bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zur durchschnittlichen Bearbeitungsdauer der Asylerstanträge von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung werden nur die elf wichtigsten Herkunftsländer ausgewiesen, da die absoluten Werte der Entscheidungen für die nachfolgenden wichtigsten Herkunftsländer im niedrigen einstelligen Bereich liegen, so dass keine aussagekräftigen durchschnittlichen Dauern ermittelt werden können.

Die Angaben zur Verfahrensdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2023	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Staatsangehörigkeiten gesamt	7,3
darunter:	
Syrien	6,4
Afghanistan	8,1

Jahr 2023	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten**
Türkei	7,9
Somalia	7,8
Irak	10,2
Guinea	9,5
Iran	10,3
Marokko	7,9
Äthiopien	14,4
Albanien	8,2
Ägypten	7,3
Ungeklärt	7,8
Eritrea	5,7
Gambia	6,4
Algerien	8,3

01.01.–30.04.2024	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten**
Staatsangehörigkeiten gesamt	8,4
darunter:	
Syrien	7,6
Afghanistan	9,8
Türkei	8,8
Somalia	8,0
Guinea	7,4
Ungeklärt	5,9
Tunesien	5,4
Irak	12,8
Iran	9,7
Sierra Leone	10,5
Albanien	3,5
Gambia	7,2
Marokko	7,1
Äthiopien	11,6
Pakistan	29,9

Jahr 2023	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung in Monaten**
Staatsangehörigkeiten gesamt	9,9
darunter:	
Syrien	7,8
Afghanistan	10,3
Somalia	9,6
Irak	29,6
Türkei	13,2
Guinea	11,3
Iran	15,1
Eritrea	12,0
Marokko	9,1
Algerien	9,7
Ägypten	6,1

3. Wie lange war im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten und zudem Algerien, Marokko, und Tunesien differenzieren)?

Die Angaben bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren in Monaten	
Gesamtjahr 2023	
Staatsangehörigkeiten gesamt	3,1
darunter:	
Syrien	3,0
Afghanistan	3,1
Türkei	2,8
Irak	3,2
Georgien	2,8
Iran	4,2
Nordmazedonien	3,2
Russische Föderation	3,0
Somalia	3,2
Eritrea	3,4
Serbien	3,7
Ungeklärt	3,6
Moldau	4,0
Nigeria	3,4
Albanien	4,1
Algerien	2,9
Tunesien	2,9
Marokko	2,5
Bosnien und Herzegowina	6,1
Kosovo	2,7
Ghana	3,2
Montenegro	-
Senegal	3,2

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren in Monaten	
01.01.–30.04.2024	
Staatsangehörigkeiten gesamt	3,0
darunter:	
Syrien	2,7
Afghanistan	3,2
Türkei	2,8
Irak	3,3
Georgien	2,8
Russische Föderation	3,1
Iran	3,9
Nordmazedonien	2,1
Tunesien	2,9
Somalia	2,6
Algerien	2,4
Serbien	4,0

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren in Monaten	
01.01.–30.04.2024	
Eritrea	3,3
Ungeklärt	3,1
Moldau	4,5
Marokko	2,5
Albanien	1,4
Bosnien und Herzegowina	6,1
Kosovo	3,3
Ghana	2,9
Montenegro	2,3
Senegal	2,5

4. Wie lange war im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Verfahren, in denen nach der Feststellung, dass ein anderer Mitgliedstaat für die Asylprüfung zuständig sei, dann doch ein Prüfverfahren in nationaler Zuständigkeit durchgeführt wurde (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei nationalen Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren in Monaten	
Gesamtjahr 2023	
Staatsangehörigkeiten gesamt	14,2
darunter:	
Syrien	5,8
Afghanistan	12,4
Türkei	9,2
Irak	18,7
Georgien	16,1
Iran	26,0
Nordmazedonien	7,9
Russische Föderation	22,1
Somalia	30,0
Eritrea	33,4
Serbien	8,1
Ungeklärt	15,1
Moldau	4,1
Nigeria	40,0
Albanien	19,6

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei nationalen Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren in Monaten	
01.01.–30.04.2024	
Staatsangehörigkeiten gesamt	12,2
darunter:	
Syrien	5,9
Afghanistan	10,9
Türkei	9,6
Irak	20,3
Georgien	11,1

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei nationalen Verfahren nach gescheitertem Dublin-Verfahren in Monaten	
01.01.–30.04.2024	
Russische Föderation	9,3
Iran	18,7
Nordmazedonien	8,2
Tunesien	8,9
Somalia	34,0
Algerien	12,6
Serbien	8,7
Eritrea	35,7
Ungeklärt	16,1
Moldau	5,9

5. Wie lange war im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Verfahren, mit denen der Widerruf oder die Rücknahme eines Schutzstatus geprüft wurde (bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und welchen Anteil hatten diese Widerrufs- und Rücknahmeprüfungen, die bei der Berechnung der durchschnittlichen Asylverfahrensdauer nicht berücksichtigt werden (vgl. Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/23630), an allen Verfahren (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Es wird zunächst darauf hingewiesen, dass seit 2023 hinsichtlich der Durchführung von Widerrufs- und Rücknahmeverfahren eine neue Rechtslage besteht. Hierzu wird auf die Antwort zu Frage 12 sowie die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/8592 verwiesen.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer Widerrufsverfahren in Monaten	
Jahr 2023	
Herkunftsländer gesamt	19,1
darunter:	
Syrien	18,6
Afghanistan	18,6
Irak	20,2
Iran	20,6
Türkei	19,5
Eritrea	18,8
Ungeklärt	19,7
Somalia	20,5
Pakistan	12,6
Russische Föderation	21,7
Staatenlos	20,6
Nigeria	19,2
Armenien	24,6
Äthiopien	20,0
Guinea	20,7

Entscheidungen über Erst-, Folge- und Widerrufsverfahren	
Jahr 2023	
Entscheidungen gesamt	281.808
Entscheidungen über Erst- und Folgeverfahren	261.601
Entscheidungen über Widerruf/Rücknahme	20.207
Anteil der Widerrufsverfahren in %	7,2 %

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer Widerrufsverfahren in Monaten	
01.01.–30.04.2024	
Herkunftsländer gesamt	28,1
darunter:	
Syrien	28,8
Irak	29,7
Afghanistan	24,7
Eritrea	29,0
Iran	29,3
Ungeklärt	27,5
Somalia	28,1
Türkei	26,2
Nigeria	31,5
Staatenlos	28,2
Russische Föderation	29,5
Pakistan	24,5
Äthiopien	24,2
Armenien	20,6
Sudan	19,2

Entscheidungen über Erst-, Folge- und Widerrufsverfahren	
01.01.–30.04.2024	
Entscheidungen gesamt	118.840
Entscheidungen über Erst- und Folgeverfahren	107.557
Entscheidungen über Widerruf/Rücknahme	11.283
Anteil der Widerrufsverfahren in %	9,5 %

6. Wie lange war im Jahr 2023 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung, wenn Asylverfahren getrennt danach betrachtet werden, ob sie in sogenannten Ankunftszentren, in AnkER-Zentren bzw. „funktionsgleichen Einrichtungen“ (bitte diese beiden Kategorien zusammenfassen) oder in den Außenstellen bzw. der Zentrale des BAMF (bitte ebenfalls zusammenfassen) entschieden wurden (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten und zudem Algerien, Marokko, und Tunesien differenzieren, hinsichtlich der AnkER-Zentren und funktionsgleichen Einrichtungen bitte zudem nach Standorten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2023	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Ankunftszentrum entschieden wurden – in Monaten nach Staatsangehörigkeit
Gesamt	6,0
darunter:	
Syrien	4,5
Afghanistan	8,6
Türkei	6,6

Jahr 2023	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Ankunftszentrum entschieden wurden – in Monaten nach Staatsangehörigkeit
Irak	8,8
Georgien	3,9
Iran	10,9
Nordmazedonien	2,6
Russische Föderation	9,8
Somalia	9,7
Eritrea	7,7
Serbien	2,5
Ungeklärt	9,1
Moldau	1,5
Nigeria	17,8
Albanien	2,8
Algerien	4,3
Tunesien	4,0
Marokko	5,2
Bosnien und Herzegowina	2,7
Kosovo	2,8
Ghana	7,2
Montenegro	3,2
Senegal	14,2

Jahr 2023	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer AnkER- bzw. funktionsgleichen Einrichtung entschieden wurden – in Monaten nach Staatsangehörigkeit
Gesamt	7,0
darunter:	
Syrien	5,1
Afghanistan	8,8
Türkei	6,6
Irak	11,0
Georgien	4,5
Iran	11,3
Nordmazedonien	3,5
Russische Föderation	11,0
Somalia	10,8
Eritrea	7,5
Serbien	3,3
Ungeklärt	8,4
Moldau	5,4
Nigeria	24,3
Albanien	4,1
Algerien	6,0
Tunesien	7,8
Marokko	7,2
Bosnien und Herzegowina	4,5
Kosovo	3,5
Ghana	8,2
Montenegro	4,2
Senegal	9,9

Jahr 2023	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer AnkER- bzw. funktionsgleichen Einrichtung entschieden wurden – in Monaten nach Standorten**
Gesamt	7,0
darunter:	
AS Augsburg in AnkER	7,7
AS Bamberg in AnkER	7,6
AS Chemnitz im AZ, LAS	5,2
AS Deggendorf in AnkER	4,6
AS Dresden in AnkER	5,6
AS Eisenhüttenstadt, LAS	4,9
AS Hamburg im AZ, LAS	7,4
AS Heidelberg im AZ	12,6
AS Lebach in AnkER, LAS	6,4
AS Leipzig im AZ	5,3
AS Manching in AnkER	5,4
AS Neumünster, LAS	5,7
AS Nostorf-Horst, LAS	8,1
AS Regensburg in AnkER	7,1
AS Schweinfurt in AnkER	8,3
AS Schwerin im AZ	10,5
AS Zirndorf in AnkER	6,5

Jahr 2023	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer Außenstelle bzw. Zentrale entschieden wurden – in Monaten nach Staatsangehörigkeit**
Gesamt	7,1
darunter:	
Syrien	5,2
Afghanistan	10,0
Türkei	6,8
Irak	9,5
Georgien	4,9
Iran	10,9
Nordmazedonien	4,3
Russische Föderation	11,0
Somalia	9,3
Eritrea	6,5
Serbien	2,7
Ungeklärt	7,7
Moldau	2,1
Nigeria	13,6
Albanien	4,4
Algerien	6,1
Tunesien	6,8
Marokko	7,0
Bosnien und Herzegowina	3,0
Kosovo	5,6
Ghana	11,1
Montenegro	1,9
Senegal	13,9

7. Wie lange war im Jahr 2023 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Asylsuchenden aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, dem Iran, der Türkei, Eritrea, Somalia, Pakistan, Nigeria und der Russischen Föderation (bitte zudem jeweils auch nach den Organisationseinheiten mit den jeweils zehn längsten bzw. kürzesten Verfahrensdauern und in denen mindestens 25 entsprechende Asylanträge bearbeitet worden sind differenziert auflisten)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Syrien	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)**
Alle Organisationseinheiten	5,0
darunter:	
32F Dublinzentrum Bayreuth	15,9
AS Freiburg	10,7
32D Dublinzentrum Berlin	10,2
AS Ellwangen	10,1
AS Nostorf-Horst, LAS	9,7
32C Dublinverfahren	9,4
AS Speyer	9,0
AS Heidelberg im AZ	8,8
AS Schwerin im AZ	8,1
AS Karlsruhe, LAS	8,0
AS Mönchengladbach im AZ	3,9
AS Deggendorf in AnkER	3,9
AS Bonn im AZ	3,8
AS Friedland, LAS	3,7
AS Eisenhüttenstadt, LAS	3,7
AS Bremen im AZ, LAS	3,6
AS Suhl im AZ	3,4
AS Dresden in AnkER	3,3
AS Düsseldorf	3,2
AS Essen	2,5

Irak	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)**
Alle Organisationseinheiten	9,8
darunter:	
AS Heidelberg im AZ	20,9
AS Ellwangen	18,5
AS Bamberg in AnkER	15,3
AS Schweinfurt in AnkER	14,7
AS Nostorf-Horst, LAS	14,5
AS Karlsruhe, LAS	14,2
AS Freiburg	14,1
AS Frankfurt/Flughafen	13,7
AS Sigmaringen	13,6
Entscheidungszentrum West Bonn	13,5
AS Oldenburg	6,2
AS Leipzig im AZ	5,7
AS Berlin, LAS	5,6
AS Friedland, LAS	5,6
32C Dublinverfahren	5,4
AS Braunschweig	5,4

Irak	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)
AS Bielefeld im AZ	5,4
32B Nürnberg	4,5
AS Neustadt	3,6
AS Bremen im AZ, LAS	3,4

Afghanistan	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)
Alle Organisationseinheiten	9,3
darunter:	
AS Berlin im AZ	22,3
32F Dublinzentrum Bayreuth	20,5
62C Nürnberg	19,4
AS Schwerin im AZ	16,5
AS Freiburg	16,1
31A Nürnberg	14,0
AS Jena/Hermsdorf, LAS	14,0
AS Nostorf-Horst, LAS	13,9
AS Ellwangen	13,1
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	12,5
AS Neumünster, LAS	6,7
AS Büdingen	6,6
AS Essen	6,5
AS Zirndorf in AnkER	6,5
AS Manching in AnkER	6,4
AS Dresden in AnkER	6,4
AS Bremen im AZ, LAS	6,3
AS Berlin, LAS	6,0
32E Dublinzentrum Bochum	5,9
AS Mönchengladbach im AZ	5,3

Iran	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)
Alle Organisationseinheiten	11,0
darunter:	
AS Speyer	28,0
AS Heidelberg im AZ	21,7
AS Karlsruhe, LAS	18,8
AS Sigmaringen	16,9
AS Dresden in AnkER	15,9
AS Braunschweig	14,5
AS Bremen im AZ, LAS	13,0
AS Bonn im AZ	13,0
AS Bochum, LAS	12,6
AS Bielefeld im AZ	12,0
AS Bramsche im AZ	8,7
AS Büdingen	8,6
AS Trier, LAS	8,1
AS Mönchengladbach im AZ	8,1
AS Zirndorf in AnkER	8,1
AS Berlin, LAS	8,0
AS Düsseldorf	7,6
AS Neumünster, LAS	7,3

Iran	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)
AS Unna im AZ	6,3
32B Nürnberg	4,9

Türkei	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)
Alle Organisationseinheiten	6,7
darunter:	
Dienstleistungszentrum Abteilung 5	17,8
AS Ellwangen	14,5
AS Freiburg	13,6
AS Karlsruhe, LAS	11,4
AS Frankfurt/Flughafen	9,9
AS Augsburg in AnkER	9,7
AS Sigmaringen	9,5
Entscheidungszentrum West Bonn	9,2
AS Speyer	8,5
AS Büdingen	8,5
AS Braunschweig	5,8
AS Eisenhüttenstadt, LAS	5,6
AS Neumünster, LAS	5,2
AS Mönchengladbach im AZ	5,2
AS Bremen im AZ, LAS	5,1
AS Unna im AZ	5,0
AS Bonn im AZ	4,3
AS Chemnitz im AZ, LAS	4,2
AS Berlin, LAS	3,7
AS Essen	3,2

Eritrea	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)
Alle Organisationseinheiten	7,1
darunter:	
AS Heidelberg im AZ	21,0
AS Regensburg in AnkER	19,6
AS Ellwangen	17,0
AS Speyer	13,0
AS Bramsche im AZ	12,8
AS Bamberg in AnkER	11,9
AS Unna im AZ	11,2
AS Karlsruhe, LAS	9,1
Entscheidungszentrum West Bonn	8,4
AS Suhl im AZ	8,1
AS Oldenburg	4,7
AS Neustadt	4,6
AS Braunschweig	4,3
AS Neumünster, LAS	4,3
AS Augsburg in AnkER	4,3
AS Essen	4,3
AS München	4,2
AS Bremen im AZ, LAS	4,2
AS Büdingen	4,2
AS Dresden in AnkER	2,6

Somalia	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)**
Alle Organisationseinheiten	9,8
darunter:	
AS Heidelberg im AZ	21,0
AS Speyer	15,1
AS Leipzig im AZ	14,6
Entscheidungszentrum West Bonn	13,1
AS Oldenburg	12,2
AS Bonn im AZ	11,8
AS Bochum, LAS	11,2
AS Essen	10,9
AS Sigmaringen	10,5
AS Gießen im AZ, LAS	10,4
AS Neumünster, LAS	6,4
AS Büdingen	6,4
AS Friedland, LAS	6,1
32C Dublinverfahren	5,9
AS Suhl im AZ	5,6
AS Braunschweig	5,3
AS Augsburg in AnkER	5,2
AS München	5,0
AS Berlin, LAS	4,6
AS Eisenhüttenstadt, LAS	3,5

Pakistan	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)**
Alle Organisationseinheiten	8,0
darunter:	
Entscheidungszentrum West Bonn	21,3
AS Bochum, LAS	15,7
AS Heidelberg im AZ	15,0
AS Speyer	12,2
AS Karlsruhe, LAS	11,7
AS Gießen im AZ, LAS	9,8
Gesamtergebnis	8,0
AS Trier, LAS	7,7
AS Bonn im AZ	6,8
AS Chemnitz im AZ, LAS	6,4
AS Bramsche im AZ	6,1
AS Düsseldorf	6,1
AS München	5,6
AS Essen	5,0
AS Eisenhüttenstadt, LAS	4,4
AS Büdingen	4,2
AS Berlin, LAS	3,3

Nigeria	**Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)**
Alle Organisationseinheiten	17,2
darunter:	
AS Heidelberg im AZ	31,3
AS Bonn im AZ	25,4
AS Gießen im AZ, LAS	24,1

Nigeria	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)
AS Berlin im AZ	22,1
AS Ellwangen	21,5
AS Freiburg	21,2
AS Essen	20,1
AS Trier, LAS	19,9
AS Zirndorf in AnkER	18,8
AS Unna im AZ	18,8
Entscheidungszentrum West Bonn	13,6
AS Bramsche im AZ	13,4
AS Deggendorf in AnkER	12,2
AS Sigmaringen	11,6
AS München	10,4
AS Suhl im AZ	9,6
AS Düsseldorf	9,4
32B Nürnberg	9,4
AS Bielefeld im AZ	7,9
AS Büdingen	6,7

Russische Föderation	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung im Jahr 2023 (in Monaten)
Alle Organisationseinheiten	10,6
darunter:	
AS Bochum, LAS	17,1
AS Heidelberg im AZ	16,2
AS Eisenhüttenstadt, LAS	14,5
AS Dresden in AnkER	13,9
AS Chemnitz im AZ, LAS	13,6
AS Berlin im AZ	13,3
Entscheidungszentrum West Bonn	13,2
AS Suhl im AZ	12,7
AS Nostorf-Horst, LAS	11,9
AS Schwerin im AZ	11,3
AS Trier, LAS	8,5
AS Bremen im AZ, LAS	8,4
AS Berlin, LAS	8,2
AS Neumünster, LAS	8,1
AS Hamburg im AZ, LAS	8,0
AS Düsseldorf	8,0
AS Halberstadt im AZ, LAS	7,1
AS Zirndorf in AnkER	6,9
AS Unna im AZ	4,8
AS Bramsche im AZ	4,4

Die Referate 31A und 62C des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben die hier aufgeführten Außenstellen (AS) in der Bearbeitung der Asylanträge (Abbau der Griechenland-Ablage, „virtuelle Außenstelle Griechenland-Ablage“) unterstützt und werden deshalb ausgewiesen, obgleich sie nicht Teil der Organisationsstruktur des BAMF sind, in denen die Durchführung des Asylverfahrens angesiedelt ist. Das Referat 32B hat den operativen Bereich unterstützt, in erster Linie mit formellen Entscheidungen. Das Personal wurde aber nicht im Wege einer Organisationsverfügung einer „virtuellen Außenstelle“ wie im Falle von Referat 31A und 62C zugeteilt, sondern hat diese Aufgaben ergänzend erledigt.

8. Wie erklärt die Bundesregierung bzw. das BAMF, dass im Vergleich einzelner BAMF-Außenstellen bei gleichen Herkunftsländern insbesondere das Ankunftszentrum in Heidelberg erneut (vgl. bereits Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 20/6052) mit deutlich überdurchschnittlichen, z. T. doppelt bis dreimal so langen Verfahrensdauern auffällt (vgl. Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 20/8787, allein bei vier Herkunftsländern weist Heidelberg die jeweils längsten Verfahrensdauern bundesweit auf, bei allen aufgelisteten Herkunftsländern liegt Heidelberg über dem Durchschnitt), weil die von der Bundesregierung gegebene Erklärung, dass die Verfahrensdauer einzelfallabhängig sei (ebd.), zwar allgemein zutreffend ist, nach Auffassung der Fragestellenden aber nicht erklärt, warum überdurchschnittlich komplizierte oder langwierige Verfahren überdurchschnittlich häufig ausgerechnet am Standort in Heidelberg vertreten sein sollen, und zwar bei allen untersuchten Herkunftsländern und über verschiedene Zeiträume hinweg (bitte nachvollziehbar darlegen)?

Der Standort Heidelberg ist als zentrales Ankunftszentrum grundsätzlich für den gesamten Flüchtlingszugang im Land Baden-Württemberg zuständig und war daher im Berichtszeitraum in besonderem Maße von der deutlichen Zugangssteigerung betroffen. Dies schlug sich bei der Bearbeitung der Asylanträge aus einigen Herkunftsländern durch das BAMF auch in einer längeren Verfahrensdauer nieder. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 8 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/8787 verwiesen.

9. Wie lange war die durchschnittliche Dauer von Asylklageverfahren im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 (bitte zudem nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Der Antwort werden die Daten der Gerichtsstatistik des BAMF zu Grunde gelegt. Diese ist von der Justizgeschäftsstatistik zur Verwaltungsgerichtsbarkeit zu unterscheiden. Aufgrund der unterschiedlichen Zählweisen sind diese Statistiken nicht vergleichbar. Die Auswertungen des BAMF sind rein personenbasiert und werden aus dem bundesamtseigenen Dokumenten- und Workflowmanagementsystem MARiS (Migration, Asyl, Rückkehrförderung, Integration und Sicherheit) generiert.

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

2023 (Erst-/Folgeanträge, Klagen)	**Durchschnittliche Verweildauer bei Gericht in Monaten**
Staatsangehörigkeiten gesamt	20,7
darunter:	
Syrien	16,2
Irak	23,7
Afghanistan	16,8
Türkei	17,3
Georgien	10,0
Iran	28,3
Russische Föderation	34,7
Nigeria	27,9
Nordmazedonien	8,1
Pakistan	27,1
Ungeklärt	26,5
Somalia	24,6
Moldau	11,8

2023 (Erst-/Folgeanträge, Klagen)	Durchschnittliche Verweildauer bei Gericht in Monaten
Serbien	10,6
Guinea	24,7

2023 (Erst-/Folgeanträge, Klagen)	Durchschnittliche Verweildauer bei Gericht in Monaten
Bundesländer gesamt	20,7
darunter:	
Baden-Württemberg	13,2
Bayern	19,6
Berlin	23,7
Brandenburg	38,8
Bremen	19,8
Hamburg	18,1
Hessen	31,5
Mecklenburg-Vorpommern	15,4
Niedersachsen	24,2
Nordrhein-Westfalen	19,8
Rheinland-Pfalz	5,0
Saarland	8,9
Sachsen	19,3
Sachsen-Anhalt	11,3
Schleswig-Holstein	17,5
Thüringen	17,4
unbekannt	4,1

Januar bis März 2024 (Erst-/Folgeanträge, Klagen)	Durchschnittliche Verweildauer bei Gericht in Monaten
Staatsangehörigkeiten gesamt	17,6
darunter:	
Türkei	13,3
Syrien	17,0
Irak	23,8
Georgien	10,2
Afghanistan	11,1
Iran	27,9
Russische Föderation	25,9
Nigeria	24,2
Nordmazedonien	7,8
Serbien	8,7
Pakistan	23,6
Ungeklärt	28,0
Somalia	26,0
Aserbaidschan	15,0
Moldau	11,3

Januar bis März 2024 (Erst-/Folgeanträge, Klagen)	Durchschnittliche Verweildauer bei Gericht in Monaten
Bundesländer gesamt	17,6
darunter:	
Baden-Württemberg	10,7
Bayern	14,1
Berlin	21,2
Brandenburg	28,4

Januar bis März 2024 (Erst-/Folgeanträge, Klagen)	Durchschnittliche Verweildauer bei Gericht in Monaten
Bremen	16,7
Hamburg	15,4
Hessen	32,3
Mecklenburg-Vorpommern	13,2
Niedersachsen	19,5
Nordrhein-Westfalen	18,0
Rheinland-Pfalz	5,8
Saarland	8,9
Sachsen	20,7
Sachsen-Anhalt	10,4
Schleswig-Holstein	15,3
Thüringen	11,6
unbekannt	5,4

10. Welche Anstrengungen haben nach Kenntnis der Bundesregierung einzelne Bundesländer unternommen, um Asylgerichtsverfahren ggf. zu beschleunigen, etwa durch personelle und sachliche Aufstockungen oder technische oder IT-Unterstützungsmaßnahmen, vor dem Hintergrund der höchst unterschiedlichen Gerichtsverfahrensdauern in den Bundesländern (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Die personelle, sachliche oder technische Ausstattung der Verwaltungsgerichte bzw. der Oberverwaltungsgerichte und Verwaltungsgerichtshöfe sowie deren Organisation liegt im Zuständigkeitsbereich der Länder. Der parlamentarische Informationsanspruch erstreckt sich nicht auf Gegenstände, die keinen Bezug zum Verantwortungsbereich der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag haben, insbesondere, weil sie sich außerhalb der Zuständigkeit der Bundesregierung befinden.

11. Wie viele Asylklageverfahren waren zuletzt anhängig (bitte auch nach Bundesländern und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und was waren in den einzelnen Bundesländern jeweils die fünf wichtigsten Herkunftsländer bei anhängigen Asylklageverfahren (bitte auch mit Zahlen nennen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Anhängige Asylklageverfahren nach Herkunftsländern	
Stand: 31.03.2024	
Staatsangehörigkeit gesamt	122.216
darunter:	
Türkei	24.558
Irak	18.521
Syrien	14.818
Iran	6.939
Georgien	5.977
Afghanistan	5.396
Russische Föderation	5.107
Nigeria	3.133
Venezuela	2.302
Nordmazedonien	2.265
Pakistan	1.933

Anhängige Asylklageverfahren nach Herkunftsländern	
Stand: 31.03.2024	
Ungeklärt	1.865
Somalia	1.605
Libanon	1.490
Kolumbien	1.488

Anhängige Asylklageverfahren nach Bundesländern	
Stand: 31.03.2024	
Bundesländer gesamt	122.216
darunter:	
Baden-Württemberg	12.555
Bayern	13.617
Berlin	10.610
Brandenburg	4.420
Bremen	1.234
Hamburg	2.557
Hessen	11.253
Mecklenburg-Vorpommern	2.487
Niedersachsen	15.190
Nordrhein-Westfalen	26.736
Rheinland-Pfalz	2.118
Saarland	876
Sachsen	9.306
Sachsen-Anhalt	1.904
Schleswig-Holstein	4.325
Thüringen	2.996
unbekannt	32

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Baden-Württemberg	12.555
darunter:	
Türkei	2.586
Syrien	1.977
Irak	1.668
Georgien	956
Nordmazedonien	688

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Bayern	13.617
darunter:	
Türkei	2.468
Irak	1.603
Syrien	1.082
Nigeria	838
Iran	663

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Berlin	10.610
darunter:	
Türkei	3.512

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Syrien	1.607
Georgien	893
Irak	794
Russische Föderation	671

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Brandenburg	4.420
darunter:	
Russische Föderation	848
Syrien	626
Irak	525
Türkei	395
Iran	365

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Bremen	1.234
darunter:	
Türkei	404
Syrien	182
Russische Föderation	114
Irak	65
Serbien	60

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Hamburg	2.557
darunter:	
Afghanistan	423
Türkei	364
Irak	297
Iran	282
Syrien	252

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Hessen	11.253
darunter:	
Türkei	3.943
Syrien	1.033
Iran	981
Irak	899
Afghanistan	808

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Mecklenburg-Vorpommern	2.487
darunter:	
Türkei	584
Syrien	380
Irak	281

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Georgien	170
Iran	153

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Niedersachsen	15.190
darunter:	
Irak	3.283
Türkei	1.624
Syrien	1.612
Kolumbien	1.357
Georgien	1.221

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Nordrhein-Westfalen	26.736
darunter:	
Irak	5.364
Türkei	5.164
Syrien	3.556
Iran	2.296
Afghanistan	957

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Rheinland-Pfalz	2.118
darunter:	
Türkei	494
Pakistan	421
Ägypten	202
Syrien	137
Iran	123

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Saarland	876
darunter:	
Syrien	496
Türkei	170
Irak	77
Afghanistan	27
ungeklärt	25

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Sachsen	9.306
darunter:	
Venezuela	2.123
Türkei	1.656
Irak	1.071
Syrien	653
Georgien	579

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Sachsen-Anhalt	1.904
darunter:	
Syrien	496
Irak	315
Türkei	187
Indien	184
Afghanistan	101

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Schleswig-Holstein	4.325
darunter:	
Irak	1.691
Türkei	565
Iran	444
Russische Föderation	271
Syrien	255

Anhängige Asylklageverfahren	
Stand: 31.03.2024	
Thüringen	2.996
darunter:	
Irak	510
Syrien	458
Türkei	437
Georgien	403
Russische Föderation	260

12. In wie vielen Fällen und zu welchen konkreten Fallkonstellationen bzw. Sachfragen sind derzeit Revisionen zur Klärung der Lage in Herkunfts- bzw. Zielstaaten auf der Grundlage der Neuregelung nach § 78 Absatz 8 des Asylgesetzes anhängig, in welchen dieser Verfahren hat das BAMF die Revision eingelegt bzw. beantragt, und wann ist in diesen Verfahren nach Kenntnis des BAMF mit Entscheidungen zu rechnen (bitte auflisten und ausführen), wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Neuregelung nach § 78 Absatz 8 des Asylgesetzes, und hat sie nach ihrer Auffassung eher zu einer Beschleunigung (infolge von „Leitentscheidungen“ des Bundesverwaltungsgerichts) oder eher zu einer Verlangsamung der Asylgerichtsverfahren (weil Verwaltungsgerichte z. B. auf „Leitentscheidungen“ des Bundesverwaltungsgerichts warten könnten) geführt (bitte begründet ausführen)?

Mit Stand vom 31. Mai 2024 sind nach Kenntnis der Bundesregierung vier klägerseitig eingelegte Revisionsverfahren beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) zu der Situation von vulnerablen und nicht vulnerablen anerkannt Schutzberechtigten in Italien anhängig (BVerwG 1 C 21.23, BVerwG 1 C 23.23, BVerwG 1 C 24.23 und BVerwG 1 C 3.24). Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse darüber vor, wann das BVerwG über die anhängigen Verfahren entscheiden wird.

Im Übrigen wird auf die auf der Webseite des BVerwG veröffentlichten Pressemitteilungen zu den Verfahren verwiesen. Aktuell liegen noch keine Erfahrungswerte zu der Revision nach § 78 Absatz 8 des Asylgesetzes (AsylG) vor.

Eine Evaluierung der Revision nach § 78 Absatz 8 AsylG erfolgt gemäß § 78 Absatz 8a AsylG drei Jahre nach Inkrafttreten der Norm.

13. Was hat das BAMF bzw. was haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Bundesländer personell und organisatorisch unternommen, um die auf der Ministerpräsidentenkonferenz vom 13. Oktober 2023 vereinbarte Zielsetzung zu erreichen, bei Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 5 Prozent „das Asyl- und das anschließende Gerichtsverfahren jeweils in drei Monaten abzuschließen“ (vgl. hessen.de/sites/hessen.hessen.de/files/2023-10/fluechtlingspolitik_von_bund_und_laendern_-_gemeinsame_kostentragung.pdf, S. 5; bitte darlegen)?

Um das gemeinsame Ziel von Bund und Ländern zu unterstützen, Asylverfahren für Angehörige von Staaten, für die die Anerkennungsquote weniger als fünf Prozent beträgt, zügiger als bisher rechtskräftig abzuschließen, hat das BAMF in Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) die Bearbeitung für ausgewählte Herkunftsländer mit entsprechender Anerkennungsquote, beginnend mit Anträgen aus sicheren Herkunftsstaaten i. S. d. § 29a AsylG zum 1. Dezember 2023 in der Bearbeitung priorisiert und bearbeitet diese Gruppe beschleunigt. Dies umfasst entsprechend die Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kosovo, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. Ab 1. März 2024 wurden zusätzlich noch Algerien, Marokko und Tunesien in die beschleunigte Bearbeitung hinzugenommen. Die Beantwortung der folgenden Fragen erfolgt daher für die Herkunftsländer, die seit 1. Dezember 2023 beschleunigt bearbeitet werden. Diese Herkunftsländer bilden im Zeitraum 1. Januar 2024 bis 31. Mai 2024 rund 60 Prozent der Antragstellungen der Herkunftsländer mit einer Anerkennungsquote von weniger als fünf Prozent.

a) Welche Daten liegen dazu vor, inwieweit diese Zielvorgabe bereits erreicht wurde (bitte die Verfahrensdauern zu Asylsuchenden aus Ländern mit unter 5-prozentiger Anerkennungsquote für das Jahr 2023 bzw. das bisherige Jahr 2024 nach behördlichen und gerichtlichen Asylklage- bzw. gerichtlichen Eilverfahren getrennt darlegen und jeweils auch nach den 15 wichtigsten dieser Herkunftsländer differenzieren), und wird dabei die bereinigte oder die unbereinigte Gesamtschutzquote verwandt (bitte die jeweiligen Schutzquoten für die 15 wichtigsten dieser Herkunftsländer nennen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

Verfahrensdauer Asylverfahren für Asylanträge ab Dezember 2023		
Herkunftsland	**Anzahl**	**Behördliche Verfahrensdauer in Tagen**
Moldau	156	6,2
Nordmazedonien	127	9,3
Georgien	103	11,4
Serbien	101	11,7
Albanien	52	12,2
Bosnien und Herzegowina	45	6,5
Kosovo	10	12,3
Montenegro	1	11,0

Verfahrensdauer Asylverfahren Januar bis April 2024* für Asylanträge von Januar bis April 2024*		
Herkunftsland	**Anzahl**	**Behördliche Verfahrensdauer in Tagen**
Nordmazedonien	1.029	17,6
Georgien	974	19,4

Verfahrensdauer Asylverfahren Januar bis April 2024* für Asylanträge von Januar bis April 2024*		
Herkunftsland	**Anzahl**	**Behördliche Verfahrensdauer in Tagen**
Moldau	784	9,8
Serbien	731	16,4
Albanien	452	19,5
Kosovo	322	18,8
Bosnien und Herzegowina	251	11,5
Tunesien*	123	19,2
Marokko*	119	17,1
Montenegro	86	15,4
Algerien*	83	15,6

* Für die Länder Algerien, Marokko und Tunesien wird der Zeitraum März bis April 2024 für die Asylanträge bzw. behördliche Entscheidung berücksichtigt.

Im Zeitraum von Januar bis April 2024 wurden insgesamt betrachtet 75,7 Prozent der Herkunftsländer, die beschleunigt bearbeitet werden, in weniger als 21 Tagen entschieden. Zu beachten ist, dass bei den Verfahrensanteilen, die nicht innerhalb von 21 Tagen entschieden werden, auch besondere Verfahrenskonstellationen enthalten sind (z. B. vulnerable Personengruppen; Aufgriffsfälle durch die Bundespolizei; Verfahren, in denen Dokumente und Nachweise nachgefordert werden müssen).

Verfahrensdauer Eilverfahren für Asylanträge Dezember 2023		
Herkunftsland	**Anzahl**	**Verfahrensdauer gerichtlicher Eilverfahren in Tagen**
Georgien	1	4,0
Nordmazedonien	1	15,0

Verfahrensdauer Eilverfahren für Asylanträge von Januar bis März 2024*		
Herkunftsland	**Anzahl**	**Verfahrensdauer gerichtlicher Eilverfahren in Tagen**
Georgien	230	14,9
Nordmazedonien	123	16,2
Serbien	90	13,6
Moldau	78	20,5
Albanien	45	9,7
Bosnien und Herzegowina	37	13,4
Kosovo	14	8,4
Montenegro	13	22,4
Algerien*	2	7,5
Marokko*	1	8,0
Tunesien*	1	10,0

* Für die Länder Algerien, Marokko und Tunesien wird der Zeitraum März 2024 für die Asylanträge bzw. Eilverfahren berücksichtigt.

Für Anträge aus Dezember 2023 wurden in 2023 keine Asylklageverfahren abgeschlossen.

Verfahrensdauer Asylklagen für Asylanträge von Januar bis März 2024*		
Herkunftsland	**Anzahl**	**Verfahrensdauer Asylklagen in Tagen**
Georgien	2	36,0
Montenegro	1	23,0
Nordmazedonien	1	23,0
Serbien	1	29,0

* Für die Länder Algerien, Marokko und Tunesien wird der Zeitraum März 2024 für die Asylanträge bzw. Asylklagen berücksichtigt.

b) Welchen Anteil bildeten Asylsuchende aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 5 Prozent an allen Asylsuchenden im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den 15 wichtigsten dieser Herkunftsländer differenzieren)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

Dezember 2023	Asylanträge gesamt	Anteil an allen HKL
HKL mit beschleunigter Bearbeitung	1.474	6,0 %
darunter		
Nordmazedonien	380	1,6 %
Georgien	364	1,5 %
Serbien	246	1,0 %
Moldau	228	0,9 %
Albanien	136	0,6 %
Bosnien und Herzegowina	79	0,3 %
Kosovo	33	0,1 %
Montenegro	8	0,0 %

Jahr 2024 (Jan bis Apr)*	Asylanträge gesamt*	Anteil an allen HKL
HKL mit beschleunigter Bearbeitung	6.172	6,7 %
darunter		
Georgien	1.147	1,2 %
Nordmazedonien	1.134	1,2 %
Serbien	845	0,9 %
Moldau	844	0,9 %
Albanien	538	0,6 %
Kosovo	436	0,5 %
Tunesien	307	0,3 %
Bosnien und Herzegowina	304	0,3 %
Algerien	268	0,3 %
Marokko	248	0,3 %
Montenegro	101	0,1 %

c) Wie viele der Ablehnungen von Asylsuchenden aus Herkunftsländern mit unter 5-prozentiger Anerkennungsquote erfolgten im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 als „offensichtlich unbegründet“ (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den 15 wichtigsten dieser Herkunftsländer differenzieren), und inwieweit wird in diesen Fällen bei der Frage, ob die Gerichtsverfahren innerhalb von drei Monaten abgeschlossen werden, auf die Dauer der Klage- oder der Eilverfahren abgestellt, vor dem Hintergrund, dass die Klageverfahren in diesen Fällen in der Regel keine aufschiebende Wirkung haben (es sei denn, die aufschiebende Wirkung der Klage wird gerichtlich angeordnet), sodass solche Personen trotz anhängiger Klage nach einem negativ verlaufenen Eilverfahren abgeschoben werden können (bitte begründen)?

Die Angaben können den folgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2023	o. u.-Ablehnungen	Anteil an allen Ablehnungen
HKL mit beschleunigter Bearbeitung	285	47,9 %
darunter		
Nordmazedonien	72	56,7 %
Georgien	67	65,0 %
Serbien	46	45,5 %

Jahr 2023	o. u.-Ablehnungen	Anteil an allen Ablehnungen
Moldau	46	29,5 %
Albanien	37	71,2 %
Bosnien und Herzegowina	15	33,3 %
Montenegro	1	100,0 %
Kosovo	1	10,0 %

Jahr 2024 (Jan bis Apr)	o. u.-Ablehnungen	Anteil an allen Ablehnungen
HKL mit beschleunigter Bearbeitung	2.748	55,4 %
darunter		
Georgien	730	74,9 %
Nordmazedonien	548	53,3 %
Serbien	407	55,7 %
Albanien	301	66,6 %
Moldau	247	31,5 %
Kosovo	171	53,1 %
Bosnien und Herzegowina	140	54,9 %
Marokko*	65	54,6 %
Tunesien*	64	52,0 %
Algerien*	45	54,2 %
Montenegro	30	34,9 %

* Für die Länder Algerien, Marokko und Tunesien wird der Zeitraum März bis April 2024 für die Asylanträge bzw. behördliche Entscheidung berücksichtigt.

Das BAMF wertet regelmäßig die Dauer von Klageverfahren aus, auch statistische Angaben zur Verfahrensdauer von Eilverfahren sind möglich.

14. Welche statistischen Angaben kann die Bundesregierung bzw. kann das BAMF machen zu Anhörungen bzw. Sprachmittlungen (bitte differenzieren) im Wege der Bild- und Tonübertragung im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den 15 wichtigsten betroffenen Herkunftsländern bzw. BAMF-Standorten differenzieren)?

Belastbare Angaben für den Zeitraum seit Einführung der entsprechenden Rechtsgrundlagen des § 17 Absatz 3 bzw. § 25 Absatz 7 AsylG im Rahmen des Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren liegen für die Anzahl der Anhörungen im Wege der Bild- und Tonübertragung vor. Seit August 2023 wird auch die Anzahl der Einsätze von Sprachmittelnden im Wege der Bild- und Tonübertragung miterfasst, ist aber statistisch nicht separat ausweisbar.

Die Angaben zu Anhörungen im Wege der Bild- und Tonübertragung können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Anzahl Personen mit Anhörungen bzw. Videoanhörungen/Videodolmetschen nach Staatsangehörigkeiten im Jahr 2023				
Staatsangehörigkeiten	Anhörungen gesamt	Anhörungen ohne Bild- und Tonübertragung	Videoanhörungen bzw. Videodolmetschen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anteil
Gesamt	185.941	184.585	1.356	0,7 %
Davon:				
Syrien	70.606	70.493	113	0,2 %
Afghanistan	31.611	31.334	277	0,9 %
Türkei	22.012	21.473	539	2,4 %

Anzahl Personen mit Anhörungen bzw. Videoanhörungen/Videodolmetschen nach Staatsangehörigkeiten im Jahr 2023				
Staatsangehörigkeiten	**Anhörungen gesamt**	**Anhörungen ohne Bild- und Tonübertragung**	**Videoanhörungen bzw. Videodolmetschen**	
	Anzahl	**Anzahl**	**Anzahl**	**Anteil**
Iran	6.227	6.227	0	0,0 %
Irak	6.067	6.064	3	0,0 %
Georgien	5.241	5.030	211	4,0 %
Russische Föderation	3.133	3.122	11	0,4 %
Somalia	2.732	2.685	47	1,7 %
Venezuela	2.426	2.407	19	0,8 %
Ungeklärt	2.295	2.292	3	0,1 %
Eritrea	1.830	1.817	13	0,7 %
Pakistan	1.779	1.770	9	0,5 %
Indien	1.705	1.705	0	0,0 %
Guinea	1.615	1.611	4	0,2 %
Nordmazedonien	1.566	1.553	13	0,8 %

Anzahl Personen mit Anhörungen bzw. Videoanhörungen/Videodolmetschen nach Standorten im Jahr 2023				
Standorte	**Anhörungen gesamt**	**Anhörungen ohne Bild- und Tonübertragung**	**Videoanhörungen bzw. Videodolmetschen**	
	Anzahl	**Anzahl**	**Anzahl**	**Anteil**
Gesamt	185.941	184.585	1.356	0,7 %
Davon:				
AS Gießen im AZ, LAS	9.954	9.935	19	0,2 %
AS Trier, LAS	7.846	7.837	9	0,1 %
AS Bramsche im AZ	7.072	7.038	34	0,5 %
AS Berlin, LAS	7.070	6.376	694	9,8 %
AS Heidelberg im AZ	7.054	7.050	4	0,1 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	6.819	6.697	122	1,8 %
AS Bielefeld im AZ	6.814	6.813	1	0,0 %
AS Unna im AZ	6.696	6.696	0	0,0 %
AS Neumünster, LAS	6.693	6.674	19	0,3 %
AS Bonn im AZ	6.249	6.249	0	0,0 %
AS Mönchengladbach im AZ	5.762	5.756	6	0,1 %
AS Bochum, LAS	5.586	5.586	0	0,0 %
AS Essen	5.531	5.531	0	0,0 %
AS Chemnitz im AZ, LAS	4.938	4.829	109	2,2 %
AS Halberstadt im AZ, LAS	4.677	4.611	66	1,4 %

Anzahl Personen mit Anhörungen bzw. Videoanhörungen/Videodolmetschen nach Staatsangehörigkeiten im Zeitraum Januar bis April 2024				
Staatsangehörigkeiten	**Anhörungen gesamt**	**Anhörungen ohne Bild- und Tonübertragung**	**Videoanhörungen bzw. Videodolmetschen**	
	Anzahl	**Anzahl**	**Anzahl**	**Anteil**
Gesamt	63.995	63.752	243	0,4 %
Davon:				
Syrien	23.066	23.060	6	0,0 %
Afghanistan	10.552	10.521	31	0,3 %
Türkei	8.971	8.902	69	0,8 %
Irak	2.136	2.133	3	0,1 %
Iran	1.511	1.511	0	0,0 %
Georgien	1.144	1.142	2	0,2 %
Kolumbien	1.126	1.126	0	0,0 %

Anzahl Personen mit Anhörungen bzw. Videoanhörungen/Videodolmetschen nach Staatsangehörigkeiten im Zeitraum Januar bis April 2024				
Staatsangehörigkeiten	**Anhörungen gesamt**	**Anhörungen ohne Bild- und Tonübertragung**	**Videoanhörungen bzw. Videodolmetschen**	
	Anzahl	**Anzahl**	**Anzahl**	**Anteil**
Somalia	1.120	1.079	41	3,7 %
Venezuela	1.052	1.048	4	0,4 %
Russische Föderation	843	837	6	0,7 %
Ungeklärt	831	831	0	0,0 %
Tunesien	829	829	0	0,0 %
Guinea	703	691	12	1,7 %
Algerien	617	617	0	0,0 %
Eritrea	569	566	3	0,5 %

Anzahl Personen mit Anhörungen bzw. Videoanhörungen/Videodolmetschen nach Standorten im Jahr 2024				
Standorte	**Anhörungen gesamt**	**Anhörungen ohne Bild- und Tonübertragung**	**Videoanhörungen bzw. Videodolmetschen**	
	Anzahl	**Anzahl**	**Anzahl**	**Anteil**
Gesamt	63.995	63.752	243	0,4 %
Davon:				
AS Gießen im AZ, LAS	3.450	3.437	13	0,4 %
AS Neumünster, LAS	2.749	2.744	5	0,2 %
AS Bramsche im AZ	2.658	2.639	19	0,7 %
AS Bielefeld im AZ	2.558	2.558	0	0,0 %
AS Trier, LAS	2.468	2.468	0	0,0 %
AS Bonn im AZ	2.311	2.311	0	0,0 %
AS Berlin, LAS	2.150	2.144	6	0,3 %
AS Heidelberg im AZ	2.133	2.132	1	0,0 %
AS Unna im AZ	2.107	2.107	0	0,0 %
AS Bochum, LAS	2.068	2.068	0	0,0 %
AS Essen	2.058	2.057	1	0,0 %
AS Eisenhüttenstadt, LAS	1.942	1.877	65	3,3 %
AS Hamburg im AZ, LAS	1.847	1.846	1	0,1 %
AS München	1.783	1.772	11	0,6 %
AS Karlsruhe, LAS	1.678	1.677	1	0,1 %

a) Wie waren die inhaltlichen Entscheidungen in Verfahren mit Anhörungen oder Sprachmittlungen im Wege der Bild- und Tonübertragung im Vergleich zu „normalen“ Asylverfahren bei Personen mit gleicher Staatsangehörigkeit (bitte in absoluten und relativen Zahlen, differenziert nach Schutzstatus, Ablehnung, Ablehnung als offensichtlich unbegründet, sonstige Erledigung, darstellen)?

Die Angaben zu Entscheidungen in Verfahren mit bzw. ohne Anhörungen bzw. Sprachmittlungen im Wege der Bild- und Tonübertragung können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Anzahl Personen mit Videoanhörung bzw. Videodolmetschen im Jahr 2023 nach Staatsangehörigkeiten und Schutzstatus								
Staatsangehörigkeit	**Anerkennung**	**Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG**	**subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG**	**Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG**	**abgelehnt**	**o. u. abgelehnt**	**sonstige Erledigungen**	**Gesamt**
Gesamt	3	94	189	142	343	287	130	1.188
davon								
Türkei		9		1	228	44	28	310
Afghanistan	1	60	10	122	7	1	56	257
Georgien					33	194	7	234
Syrien		8	173		1		13	195
Somalia		7	1	9	9		2	28
Nordmazedonien						15		15
Irak		2	1		10		1	14
Eritrea	1	2	2	1	6		1	13
Serbien					3	6	3	12
Sonstige HKL	1	6	2	9	46	27	19	110

Anzahl Personen mit Anhörung ohne Bild- und Tonübertragung im Jahr 2023 nach Staatsangehörigkeiten und Schutzstatus								
Staatsangehörigkeit	**Anerkennung**	**Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG**	**subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG**	**Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG**	**abgelehnt**	**o. u. abgelehnt**	**sonstige Erledigungen**	**Gesamt**
Gesamt	1.193	17.095	57.363	16.010	25.149	15.894	24.432	157.136
Türkei	149	1.637	63	31	8.140	2.039	1.593	13.652
Afghanistan	344	9.032	629	13.907	415	18	5.191	29.536
Georgien	0	4	2	9	1.279	3.626	349	5.269
Syrien	55	1.251	55.176	210	26	4	6.164	62.886
Somalia	63	1.008	167	679	152	5	300	2.374
Nordmazedonien	0	1	0	0	14	1.338	305	1.658
Irak	6	297	129	302	3.662	501	1.440	6.337
Eritrea	39	889	240	49	294	4	110	1.625
Serbien			1	1	3	682	141	828
Sonstige HKL	537	2.976	956	822	11.164	7.677	8.839	32.971

Anteil Personen mit Videoanhörung bzw. Videodolmetschen im Jahr 2023 nach Staatsangehörigkeiten und Schutzstatus								
Staatsangehörigkeit	**Anerkennung**	**Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG**	**subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG**	**Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG**	**abgelehnt**	**o. u. abgelehnt**	**sonstige Erledigungen**	**Gesamt**
Gesamt	0,8 %	10,9 %	36,4 %	10,2 %	16,1 %	10,2 %	15,5 %	100,0 %
Türkei	0,0 %	2,9 %	0,0 %	0,3 %	73,5 %	14,2 %	9,0 %	100,0 %
Afghanistan	0,4 %	23,3 %	3,9 %	47,5 %	2,7 %	0,4 %	21,8 %	100,0 %
Georgien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	14,1 %	82,9 %	3,0 %	100,0 %
Syrien	0,0 %	4,1 %	88,7 %	0,0 %	0,5 %	0,0 %	6,7 %	100,0 %
Somalia	0,0 %	25,0 %	3,6 %	32,1 %	32,1 %	0,0 %	7,1 %	100,0 %
Nordmazedonien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	100,0 %	0,0 %	100,0 %
Irak	0,0 %	14,3 %	7,1 %	0,0 %	71,4 %	0,0 %	7,1 %	100,0 %
Eritrea	7,7 %	15,4 %	15,4 %	7,7 %	46,2 %	0,0 %	7,7 %	100,0 %
Serbien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	25,0 %	50,0 %	25,0 %	100,0 %
Sonstige HKL	0,9 %	5,5 %	1,8 %	8,2 %	41,8 %	24,5 %	17,3 %	100,0 %

Anteil Personen mit Anhörung ohne Bild- und Tonübertragung im Jahr 2023 nach Staatsangehörigkeiten und Schutzstatus								
Staatsangehörigkeit	**Anerkennung**	**Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG**	**subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG**	**Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG**	**abgelehnt**	**o. u. abgelehnt**	**sonstige Erledigungen**	**Gesamt**
Gesamt	0,8 %	10,9 %	36,5 %	10,2 %	16,0 %	10,1 %	15,5 %	100,0 %
Türkei	1,1 %	12,0 %	0,5 %	0,2 %	59,6 %	14,9 %	11,7 %	100,0 %
Afghanistan	1,2 %	30,6 %	2,1 %	47,1 %	1,4 %	0,1 %	17,6 %	100,0 %
Georgien	0,0 %	0,1 %	0,0 %	0,2 %	24,3 %	68,8 %	6,6 %	100,0 %
Syrien	0,1 %	2,0 %	87,7 %	0,3 %	0,0 %	0,0 %	9,8 %	100,0 %
Somalia	2,7 %	42,5 %	7,0 %	28,6 %	6,4 %	0,2 %	12,6 %	100,0 %
Nordmazedonien	0,0 %	0,1 %	0,0 %	0,0 %	0,8 %	80,7 %	18,4 %	100,0 %
Irak	0,1 %	4,7 %	2,0 %	4,8 %	57,8 %	7,9 %	22,7 %	100,0 %
Eritrea	2,4 %	54,7 %	14,8 %	3,0 %	18,1 %	0,2 %	6,8 %	100,0 %
Serbien	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,1 %	0,4 %	82,4 %	17,0 %	100,0 %
Sonstige HKL	1,6 %	9,0 %	2,9 %	2,5 %	33,9 %	23,3 %	26,8 %	100,0 %

Anzahl Personen mit Videoanhörung bzw. Videodolmetschen in Januar bis April 2024 nach Staatsangehörigkeiten und Schutzstatus								
Staatsangehörigkeit	**Anerkennung**	**Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG**	**subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG**	**Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG**	**abgelehnt**	**o. u. abgelehnt**	**sonstige Erledigungen**	**Gesamt**
Gesamt	4	18	30	56	144	52	31	335
Türkei	0	3			105	20	13	141
Afghanistan	0	10	3	47	5		8	73
Syrien	0		22				2	24
Georgien	0				1	14		15
Moldau	0					12		12
Somalia	0	3	1	4	3			11
Sonstige HKL	4	2	4	5	30	6	8	59

Anzahl Personen mit Anhörung ohne Bild- und Tonübertragung Januar bis April 2024 nach Staatsangehörigkeiten und Schutzstatus								
Staatsangehörigkeit	**Anerkennung**	**Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG**	**subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG**	**Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG**	**abgelehnt**	**o. u. abgelehnt**	**sonstige Erledigungen**	**Gesamt**
Gesamt	379	6.018	24.030	5.869	11.523	7.846	7.474	63.139
Türkei	33	690	17	10	4.155	1.195	689	6.789
Afghanistan	115	3.175	139	5.129	326	14	1.168	10.066
Syrien	15	355	23.303	68	5	1	2.199	25.946
Georgien			1	7	28	1.534	99	1.669
Moldau				1	1	217	12	231
Somalia	39	272	51	212	75	3	108	760
Sonstige HKL	177	1526	519	442	6.933	4.882	3.199	17.678

Anteil Personen mit Videoanhörung bzw. Videodolmetschen Januar bis April 2024 nach Staatsangehörigkeiten und Schutzstatus								
Staatsangehörigkeit	**Anerkennung**	**Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG**	**subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG**	**Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG**	**abgelehnt**	**o. u. abgelehnt**	**sonstige Erledigungen**	**Gesamt**
Gesamt	1,2 %	5,4 %	9,0 %	16,7 %	43,0 %	15,5 %	9,3 %	100,0 %
Türkei	2,1 %	0,0 %	0,0 %	74,5 %	14,2 %	2,1 %	9,2 %	100,0 %
Afghanistan	13,7 %	4,1 %	64,4 %	6,8 %	0,0 %	13,7 %	11,0 %	100,0 %
Syrien	0,0 %	91,7 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	8,3 %	100,0 %
Georgien	0,0 %	0,0 %	0,0 %	6,7 %	93,3 %	0,0 %	0,0 %	100,0 %
Moldau	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	100,0 %	0,0 %	0,0 %	100,0 %

Anteil Personen mit Videoanhörung bzw. Videodolmetschen Januar bis April 2024 nach Staatsangehörigkeiten und Schutzstatus								
Staatsangehörigkeit	**Anerkennung**	**Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG**	**subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG**	**Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG**	**abgelehnt**	**o. u. abgelehnt**	**sonstige Erledigungen**	**Gesamt**
Somalia	27,3 %	9,1 %	36,4 %	27,3 %	0,0 %	27,3 %	0,0 %	100,0 %
Sonstige HKL	6,8 %	3,4 %	6,8 %	8,5 %	50,8 %	10,2 %	13,6 %	100,0 %

Anteil Personen mit Anhörung ohne Bild- und Tonübertragung Januar bis April 2024 nach Staatsangehörigkeiten und Schutzstatus								
Staatsangehörigkeit	**Anerkennung**	**Flüchtlingsschutz gemäß § 3 I AsylG**	**subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylG**	**Abschiebungsverbot gemäß § 60 V/VII AufenthG**	**abgelehnt**	**o. u. abgelehnt**	**sonstige Erledigungen**	**Gesamt**
Gesamt	0,6 %	9,5 %	38,1 %	9,3 %	18,3 %	12,4 %	11,8 %	100,0 %
Türkei	0,5 %	10,2 %	0,3 %	0,1 %	61,2 %	17,6 %	10,1 %	100,0 %
Afghanistan	1,1 %	31,5 %	1,4 %	51,0 %	3,2 %	0,1 %	11,6 %	100,0 %
Syrien	0,1 %	1,4 %	89,8 %	0,3 %	0,0 %	0,0 %	8,5 %	100,0 %
Georgien	0,0 %	0,0 %	0,1 %	0,4 %	1,7 %	91,9 %	5,9 %	100,0 %
Moldau	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,4 %	0,4 %	93,9 %	5,2 %	100,0 %
Somalia	5,1 %	35,8 %	6,7 %	27,9 %	9,9 %	0,4 %	14,2 %	100,0 %
Sonstige HKL	1,0 %	8,6 %	2,9 %	2,5 %	39,2 %	27,6 %	18,1 %	100,0 %

Aufgrund geringer Fallzahlen sind starke Schwankungen möglich. Für Videoanhörung bzw. Videodolmetschen werden nur Länder mit einer Mindestfallzahl von zehn ausgewiesen. Für Anhörungen in Präsenz werden die Werte der vorher ermittelten Länder zum Vergleich bereitgestellt.

Hinweis: Die Fallzahlen zu Entscheidungen in Verfahren mit bzw. ohne Videoanhörungen und Videodolmetschen haben keine Aussagekraft über eine mögliche Auswirkung der Auswahl des genutzten Verfahrens auf die Schutzquote. Gemäß internen Weisungsinstrumenten des BAMF finden bei Asylverfahren mit besonders schutzbedürftigen Personen, insbesondere bei unbegleiteten Minderjährigen, geschlechtsspezifisch Verfolgten, Folteropfern und Opfern von Menschenhandel Videoanhörungen gar nicht und Videodolmetschen nur nach Kriterien, wann ein Einsatz von Videodolmetschen ausnahmsweise möglich ist, statt. Der Verzicht auf Videodolmetschen/Videoanhörung in bestimmten Fallkonstellationen verzerrt die Zahlen zu inhaltlichen Entscheidungen.

b) Wie sind die Erfahrungen insbesondere mit der Neuregelung zu Anhörungen (nicht: Sprachmittlungen) im Wege der Bild- und Tonübertragung, wie wird die Neuregelung von der Bundesregierung bzw. vom BAMF beurteilt, und inwieweit gab oder gibt es diesbezüglich ggf. Probleme bzw. Änderungsbedarf, technisch oder in Bezug auf die Wahrung von Qualitätsstandards (bitte ausführen)?

Die Bundesregierung sieht in der gesetzlichen Möglichkeit, in geeigneten Fällen ausnahmsweise die Anhörung im Wege der Bild- und Tonübertragung durchzuführen, ein sinnvolles Instrument, um in ausgewählten Einzelfällen ressourcenschonend Anhörungen von Antragstellenden durchzuführen. Grundsätzliche strukturelle technische Probleme haben sich bisher nicht gezeigt.

15. Wie lange dauerten im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 im Durchschnitt diejenigen Asylverfahren, die zunächst wegen der Anerkennung eines Schutzstatus in Griechenland zurückgestellt worden waren („Griechenlandablage“; bitte nach den wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele solcher Verfahren sind aktuell noch anhängig?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Durchschnittliche Dauer der Verfahren die zunächst wegen der Anerkennung eines Schutzstatus in Griechenland zurückgestellt worden waren	
Jahr 2023	**Dauer in Monaten**
Staatsangehörigkeiten gesamt	12,7
darunter:	
Afghanistan	12,6
Syrien	11,6
Irak	14,5
Somalia	12,9
Ungeklärt	11,8
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	15,8
Iran	14,0
Türkei	9,1
Jemen	8,7
Kongo, Demokratische Republik	12,5

Durchschnittliche Dauer der Verfahren die zunächst wegen der Anerkennung eines Schutzstatus in Griechenland zurückgestellt worden waren	
Zeitraum 01.01.–30.04.2024	**Dauer in Monaten**
Staatsangehörigkeiten gesamt	9,0
darunter:	
Afghanistan	8,2
Syrien	8,5
Irak	9,0
Somalia	13,9
Iran	15,9
Ungeklärt	9,6
Türkei	8,9
Kongo, Demokratische Republik	17,7
Jemen	9,5
Pakistan	8,8

Mit Stand 30. April 2024 waren noch etwa 800 Asylverfahren anhängig, die zunächst wegen der Anerkennung eines Schutzstatus in Griechenland zurückgestellt worden waren. Das BAMF arbeitet weiter am Abbau dieser Verfahren.

16. Wie lange war im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die durchschnittliche Verfahrensdauer bei beschleunigten Asylverfahren nach § 30a AsylG (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten, Algerien, Marokko und Tunesien differenzieren; bitte zudem nach den Standorten der Organisationseinheiten differenziert auflisten und die absoluten Fallzahlen nennen)?

Die Angaben zur Verfahrensdauer können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Durchschnitt Bearbeitungsdauer in Tagen im Jahr 2023	Gesamt	AS Bamberg in AnkER	AS Mönchengladbach im AZ	AS Sigmaringen	AS Berlin im AZ	AS Essen	AS Halberstadt im AZ, LAS
alle beschleunigten Verfahren	5,4	5,0	5,5	3,2	3,0	5,6	8,0
Davon:							
Albanien	5,4	0	5,4	0	0	0	0
Bosnien und Herzegowina	4,3	0	4,3	0	0	0	0
Kosovo	3,0	0	3,0	0	0	0	0
Nordmazedonien	5,1	0	5,1	3,2	0	5,9	8,0
Serbien	6,3	0	6,4	0	0	5,2	0
Georgien	5,8	5,0	6,0	0	0	0	0
Moldau	3,0	0	0	0	3,0	0	0

* AS = Außenstelle, AZ = Ankunftszentrum

	Durchschnitt Bearbeitungsdauer in Tagen im Jahr 2023
nach Außenstellen	5,4
AS Bamberg in AnkER	5,0
AS Mönchengladbach im AZ	5,5
AS Sigmaringen	3,2
AS Berlin im AZ	3,0
AS Essen	5,6
AS Halberstadt im AZ, LAS	8,0

Aufgrund geringer Fallzahlen sind starke Schwankungen möglich.

Durchschnitt Bearbeitungsdauer in Tagen im Zeitraum 01.01.–30.04.2024	Gesamt	AS Bamberg in AnkER	AS Gießen im AZ, LAS	AS Halberstadt im AZ, LAS	AS Heidelberg im AZ	AS Mönchengladbach im AZ	sonstige
alle beschleunigten Verfahren	5,2	4,7	7,0	4,5	6,8	4,7	5,2
Davon:							
Albanien	5,7	0	8,0	3,3	0	0	0
Algerien	8,0	0	8,0	0	0	0	0
Bosnien und Herzegowina	6,8	0	0	6,0	0	8,0	8,0
Georgien	5,4	4,7	0	6,5	7,0	0	5,0
Kosovo	3,0	0	0	2,2	0	0	8,0
Marokko	4,7	0	5,0	4,0	0	0	0
Moldau	4,3	0	0	8,0	0	0	3,0
Montenegro	7,0	0	0	7,0	0	0	0

Durchschnitt Bearbeitungsdauer in Tagen im Zeitraum 01.01.–30.04.2024	Gesamt	AS Bamberg in AnkER	AS Gießen im AZ, LAS	AS Halberstadt im AZ, LAS	AS Heidelberg im AZ	AS Mönchengladbach im AZ	sonstige
Nordmazedonien	4,9	0	0	3,1	7,0	4,0	7,0
Serbien	6,9	0	0	7,3	4,0	0	0

* AS = Außenstelle, AZ = Ankunftszentrum

	Durchschnitt Bearbeitungsdauer in Tagen im Zeitraum 01.01.–30.04.2024
nach Außenstellen	5,2
AS Bamberg in AnkER	4,7
AS Gießen im AZ, LAS	7,0
AS Halberstadt im AZ, LAS	4,5
AS Heidelberg im AZ	6,8
AS Mönchengladbach im AZ	4,7
Sonstige*	5,2

* Außenstellen mit einer Entscheidungszahl kleiner 6.

Aufgrund geringer Fallzahlen sind starke Schwankungen möglich.

Die absolute Zahl der Entscheidungen im beschleunigten Verfahren können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Anzahl im Jahr 2023	Gesamt	AS Bamberg in AnkER	AS Mönchengladbach im AZ	AS Sigmaringen	AS Berlin im AZ	AS Essen	AS Halberstadt im AZ, LAS
alle beschleunigten Verfahren	196	1	167	9	2	13	4
Davon:							
Albanien	31	0	31	0	0	0	0
Bosnien und Herzegowina	4	0	4	0	0	0	0
Kosovo	1	0	1	0	0	0	0
Nordmazedonien	103	0	82	9	0	8	4
Serbien	51	0	46	0	0	5	0
Georgien	4	1	3	0	0	0	0
Moldau	2	0	0	0	2	0	0

* AS = Außenstelle, AZ = Ankunftszentrum

	Anzahl im Jahr 2023
nach Außenstellen	196
AS Bamberg in AnkER	1
AS Mönchengladbach im AZ	167
AS Sigmaringen	9
AS Berlin im AZ	2
AS Essen	13
AS Halberstadt im AZ, LAS	4

Anzahl im Zeitraum 01.01.–30.04.2024	Gesamt	AS Bamberg in AnkER	AS Gießen im AZ, LAS	AS Halberstadt im AZ, LAS	AS Heidelberg im AZ	AS Mönchen-gladbach im AZ	sonstige
alle beschleunigten Verfahren	78	6	6	37	14	6	9
Davon:							
Albanien	6	0	3	3	0	0	0
Algerien	1	0	1	0	0	0	0
Bosnien und Herzegowina	5	0	0	3	0	1	1
Georgien	14	6	0	4	1	0	3
Kosovo	7	0	0	6	0	0	1
Marokko	3	0	2	1	0	0	0
Moldau	4	0	0	1	0	0	3
Montenegro	1	0	0	1	0	0	0
Nordmazedonien	30	0	0	12	12	5	1
Serbien	7	0	0	6	1	0	0

* AS = Außenstelle, AZ = Ankunftszentrum

	Anzahl im Zeitraum 01.01.–30.04.2024
nach Außenstellen	78
AS Bamberg in AnkER	6
AS Gießen im AZ, LAS	6
AS Halberstadt im AZ, LAS	37
AS Heidelberg im AZ	14
AS Mönchengladbach im AZ	6
Sonstige*	9

* Außenstellen mit einer Entscheidungszahl kleiner 6.

17. Wie lange war im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die Verfahrensdauer bei Verfahren, die in den letzten zwölf Monaten eingeleitet (Asylantragstellung) und entschieden wurden („Jahresverfahrensdauer“; bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern und allen sicheren Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben zur Verfahrensdauer für Jahresverfahren können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten für das Jahr 2023	
alle HKL	4,2
Syrien	3,9
Afghanistan	5,3
Türkei	5,0
Irak	4,2
Georgien	3,6
Iran	5,1
Nordmazedonien	2,9
Russische Föderation	5,4
Somalia	5,1
Eritrea	4,5
Albanien	2,8
Bosnien und Herzegowina	2,4
Ghana	4,4
Kosovo	2,8
Moldau	2,0
Montenegro	2,0
Senegal	4,0
Serbien	2,5

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten für den Zeitraum 01.01.–30.04.2024	
alle HKL	4,4
Syrien	4,4
Afghanistan	5,5
Türkei	5,0
Irak	4,7
Georgien	3,7
Russische Föderation	5,3
Iran	6,0
Nordmazedonien	2,0
Tunesien	3,1
Somalia	5,6
Albanien	2,1
Bosnien und Herzegowina	2,3
Ghana	4,2
Kosovo	1,2
Moldau	1,1
Montenegro	1,4
Senegal	3,5
Serbien	1,8

18. Wie lange war im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die durchschnittliche Verfahrensdauer bei früher sogenannten Neuverfahren („Asylantragstellung ab 1. Januar 2017“; bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern und allen sicheren Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben zur Verfahrensdauer für Verfahren mit Antragstellung ab 1. Januar können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten für das Jahr 2023	
alle HKL	6,8
Syrien	5,0
Afghanistan	9,3
Türkei	6,7
Irak	9,7
Georgien	4,5
Iran	11,0
Nordmazedonien	3,6
Russische Föderation	10,6
Somalia	9,7
Eritrea	7,1
Albanien	3,6
Bosnien und Herzegowina	3,3
Ghana	8,6
Kosovo	3,4
Moldau	2,7
Montenegro	2,7
Senegal	12,7
Serbien	2,8

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten für den Zeitraum 01.01.–30.04.2024	
alle HKL	7,4
Syrien	5,8
Afghanistan	9,6
Türkei	7,8
Irak	11,2
Georgien	5,2
Russische Föderation	9,0
Iran	13,1
Nordmazedonien	3,1
Tunesien	5,7
Somalia	11,1
Albanien	2,6
Bosnien und Herzegowina	3,3
Ghana	8,6
Kosovo	2,1
Moldau	1,7
Montenegro	1,6
Senegal	10,3
Serbien	2,4

19. Wie lange war im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die durchschnittliche Dauer bis zur Anhörung der Asylsuchenden bzw. die durchschnittliche Dauer nach der Anhörung bis zur behördlichen Entscheidung (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten und zudem Algerien, Marokko und Tunesien differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Durchschnittliche Dauer von Antragstellung bis zur Anhörung der Asylsuchenden in Monaten	
Jahr 2023	
Staatsangehörigkeiten gesamt	3,0
darunter:	
Syrien	2,3
Afghanistan	4,0
Türkei	3,7
Iran	3,8
Irak	3,7
Georgien	2,1
Russische Föderation	3,5
Somalia	5,4
Venezuela	1,6
Ungeklärt	4,1
Eritrea	5,0
Pakistan	2,2
Indien	1,6
Guinea	3,0
Nordmazedonien	2,3
Albanien	2,0
Bosnien und Herzegowina	2,2
Ghana	3,9
Kosovo	2,5
Moldau	1,0
Montenegro	2,5
Senegal	3,7
Serbien	1,6
Algerien	2,5
Marokko	2,5
Tunesien	2,3

Durchschnittliche Dauer nach der Anhörung bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2023	
Staatsangehörigkeiten gesamt	6,3
darunter:	
Syrien	4,5
Afghanistan	8,2
Türkei	4,3
Irak	12,4
Georgien	3,1
Iran	11,3
Somalia	10,2
Ungeklärt	9,0
Nordmazedonien	2,2

Durchschnittliche Dauer nach der Anhörung bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2023	
Eritrea	7,3
Venezuela	5,3
Nigeria	21,3
Indien	2,5
Pakistan	9,1
Russische Föderation	10,5
Albanien	2,8
Bosnien und Herzegowina	2,4
Ghana	9,7
Kosovo	3,7
Moldau	3,2
Montenegro	3,4
Senegal	13,4
Serbien	2,4
Algerien	5,9
Marokko	5,9
Tunesien	7,0

Durchschnittliche Dauer von Antragstellung bis zur Anhörung der Asylsuchenden in Monaten	
Zeitraum 01.01.–30.04.2024	
Staatsangehörigkeiten gesamt	3,0
darunter:	
Syrien	3,1
Afghanistan	5,3
Türkei	5,0
Irak	3,6
Iran	6,0
Georgien	3,4
Kolumbien	1,3
Somalia	6,0
Venezuela	1,5
Russische Föderation	6,3
Ungeklärt	3,4
Tunesien	2,5
Guinea	3,7
Algerien	2,6
Eritrea	6,0
Albanien	1,6
Bosnien und Herzegowina	1,6
Ghana	6,0
Kosovo	1,6
Moldau	1,1
Montenegro	0,5
Senegal	2,4
Serbien	2,1
Marokko	2,5

Durchschnittliche Dauer nach der Anhörung bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Zeitraum 01.01.–30.04.2024	
Staatsangehörigkeiten gesamt	6,4
darunter:	
Syrien	4,8
Afghanistan	7,8
Türkei	5,4
Irak	13,4
Georgien	2,6
Iran	12,1
Tunesien	5,0
Russische Föderation	10,3
Venezuela	5,1
Somalia	10,3
Ungeklärt	10,4
Algerien	4,8
Eritrea	7,8
Nordmazedonien	2,1
Marokko	4,6
Albanien	1,9
Bosnien und Herzegowina	2,6
Ghana	8,1
Kosovo	2,2
Moldau	2,7
Montenegro	1,4
Senegal	13,3
Serbien	1,8

20. Wie viele beim BAMF anhängige Verfahren waren zum letzten Stand seit über drei, sechs, zwölf, 15, 18, 24 bzw. 36 Monaten anhängig (bitte auch nach den zehn am meisten betroffenen Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Anhängige Verfahren. Stand: 30.04.2024	**bis 3 Monate**	**über 3 Monate**	**über 6 Monate**	**über 12 Monate**	**über 15 Monate**	**über 18 Monate**	**über 24 Monate**	**über 36 Monate**	**Insgesamt**
Gesamt	52.547	185.644	123.755	48.910	29.669	15.044	6.345	1.151	238.191
darunter:									
Türkei	6.930	49.442	32.754	11.930	7.813	3.499	917	121	56.372
Syrien	16.059	36.529	20.324	4.130	2.436	1.126	425	96	52.588
Afghanistan	8.986	30.704	21.869	9.530	5.015	1.754	839	103	39.690
Irak	2.520	7.818	5.694	2.859	2.074	1.431	771	187	10.338
Iran	1.575	7.684	5.893	3.236	1.977	963	356	68	9.259
Somalia	1.729	4.499	3.186	1.314	770	528	282	58	6.228
Russische Föderation	1.307	4.143	2.825	1.385	794	344	153	21	5.450
Ungeklärt	1.403	3.065	2.015	896	608	430	245	67	4.468
Kolumbien	898	2.923	1.815	779	330	93	8	-	3.821
Guinea	839	2.551	1.561	442	232	150	52	11	3.390

Zum Stand 30. April 2024 waren 238.191 Verfahren anhängig.

21. Wie viele Asylverfahren waren nach Einschätzung des BAMF bereits länger anhängig als dies nach EU-Recht zulässig ist (Artikel 31 Absatz 5 der Asylverfahrensrichtlinie 2013/32/EU – AsylVerfRL – sieht eine maximale Frist von 21 Monaten nach Antragstellung vor, die Regelfrist nach Artikel 31 Absatz 3 AsylVerfRL beträgt sechs Monate, Ausnahmen sind unter Umständen möglich; bitte auch nach den wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und welche internen Vorgaben gibt es im BAMF, um das Überschreiten dieser absoluten Höchstgrenze effektiv zu verhindern, weil nach Auffassung der Fragestellenden auch in komplexen Fällen und auch wenn z. B. ärztliche Bescheinigungen eingereicht wurden, eine solch überlange Verfahrensdauer nicht zu rechtfertigen und unzumutbar ist und gegen den klaren Wortlaut von Artikel 31 Absatz 5 AsylVerfRL („Die Mitgliedstaaten schließen das Prüfverfahren in jedem Fall innerhalb einer maximalen Frist von 21 Monaten nach der förmlichen Antragstellung ab.“) verstößt (bitte darlegen)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Anzahl anhängiger Verfahren älter als 21 Monate	
30.04.2024	
Staatsangehörigkeiten gesamt	9.125
darunter:	
Türkei	1.613
Afghanistan	1.083
Irak	979
Syrien	585
Iran	549
Ukraine	534
Nigeria	395
Somalia	373
Ungeklärt	307
Pers. aus palästinensischen Gebieten (nicht als Staat anerkannt)	248

Die in § 24 Absatz 4 bis 7 AsylG bzw. Artikel 31 Absatz 3 bis 5 der Asylverfahrensrichtlinie (AsylVerfRL) getroffenen Regelungen zu den Bearbeitungsfristen wurden in die internen Weisungen des BAMF aufgenommen. Dabei wurde auch geregelt, dass möglichst frühzeitig die erforderlichen Schritte einzuleiten sind, um eine Entscheidungsreife der Verfahren herbeizuführen. Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass unter anderem auch Sachverhaltsaufklärungen, die den Antragstellenden oder anderen Verfahrensbeteiligten als dem BAMF obliegen, die Dauer eines Verfahrens im Einzelfall beeinflussen können; beispielsweise das Einreichen von ärztlichen Bescheinigungen im Asylverfahren.

Zur optimalen Würdigung von Verfahrensgarantien und gesetzlichen Bearbeitungsfristen verfügt das BAMF über eine einheitliche Verfahrenssteuerung, unterstützt durch eine eigens entwickelte Fachanwendung. Unter Rückgriff auf entsprechende Attribute und Indikatoren unterstützt diese die Asylverfahren bearbeitenden Referate bei der effizienten Bearbeitung der im eigenen Zuständigkeitsbereich anhängigen Verfahren. Durch Identifizierung und Nachhaltung von internen und externen Handlungsbedarfen, die der Entscheidungsreife von Verfahren entgegenstehen, wird sichergestellt, dass erforderliche Schritte unter Berücksichtigung von Prioritäten und Vulnerabilitäten eingeleitet und anhängige Verfahren damit im Sinne der Antragstellenden schnellstmöglich beschieden werden können.

22. In wie vielen Fällen wurde im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die Regelhöchstdauer von sechs Monaten (Artikel 31 Absatz 3 AsylVerfRL) überschritten, in wie vielen Fällen wurden Betroffene hierüber in welcher Form informiert (vgl. Artikel 31 Absatz 6 Buchstabe a AsylVerfRL; bitte ausführen und Daten nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), in wie vielen Fällen wurden Betroffene über die Gründe für die Verzögerung informiert (vgl. Artikel 31 Absatz 6 Buchstabe b AsylVerfRL)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	**Anzahl Personen mit Regelhöchstdauer > 6 Monate im Jahr 2023**
Gesamt	113.638
davon	
Afghanistan	38.620
Türkei	20.007
Irak	11.624
Iran	5.194
Somalia	3.756
Eritrea	3.693
Ungeklärt	3.344
Nigeria	2.501
Russische Föderation	2.416
Venezuela	2.002

Staatsangehörigkeit	**Anzahl Personen mit Regelhöchstdauer > 6 Monate im Zeitraum 01.01.–30.04.2024**
Gesamt	45.528
davon	
Afghanistan	12.970
Türkei	11.551
Irak	3.797
Iran	2.050
Russische Föderation	1.644
Somalia	1.290
Eritrea	1.255
Ungeklärt	1.122
Venezuela	1.106
Nigeria	802

Staatsangehörigkeit	**Anzahl Personen mit Information gemäß Artikel 31 Absatz 6a AsylVerfRL im Jahr 2023**
Gesamt	52.956
davon	
Afghanistan	11.432
Syrien	10.917
Türkei	9.574
Iran	2.656
Irak	1.874
Somalia	1.289
Russische Föderation	1.245
Georgien	1.122
Eritrea	1.030
Venezuela	895

Staatsangehörigkeit	**Anzahl Personen mit Information gemäß Artikel 31 Absatz 6a AsylVerfRL im Zeitraum 01.01.–30.04.2024**
Gesamt	53.798
davon	
Syrien	14.348
Türkei	14.339
Afghanistan	8.476
Iran	1.760
Irak	1.702
Somalia	1.252
Russische Föderation	1.173
Venezuela	953
Ungeklärt	763
Guinea	681

Staatsangehörigkeit	**Anzahl Personen mit Information gemäß Artikel 31 Absatz 6b AsylVerfRL im Jahr 2023**
Gesamt	1.931
davon	
Syrien	619
Afghanistan	356
Türkei	275
Iran	107
Pakistan	72
Irak	66
Russische Föderation	63
Somalia	30
Nigeria	30
Ungeklärt	25

Staatsangehörigkeit	**Anzahl Personen mit Information gemäß Artikel 31 Absatz 6b AsylVerfRL im Zeitraum 01.01.–30.04.2024**
Gesamt	1.540
davon	
Syrien	580
Afghanistan	275
Türkei	267
Iran	72
Irak	59
Somalia	32
Guinea	28
Ungeklärt	26
Eritrea	25
Russische Föderation	23

23. In wie vielen Fällen wurden Prüfungsverfahren in den letzten drei Jahren aufgrund einer vorübergehend ungewissen Lage im Herkunftsstaat aufgeschoben (bitte die jeweiligen Länder, Anlässe und Zeiträume des Aufschubs auflisten), und in wie vielen Fällen wurden Betroffene und die EU-Kommission auf welche Weise hierüber informiert (vgl. Artikel 31 Absatz 4 AsylVerfRL; bitte ausführen)?

Im Zeitraum der letzten drei Jahre wurden Prüfungsverfahren für Antragstellende aus Sudan und Gaza nach § 24 Absatz 5 AsylG aufgeschoben. Aufgrund der militärischen Auseinandersetzungen zwischen der sudanesischen Armee und den „Rapid Support Forces“ waren Entscheidungen für Antragstellende aus dem Sudan ab dem 22. September 2023 aufgeschoben. Die Entscheidungstätigkeit für den Herkunftsstaat Sudan wird wieder aufgenommen. Aufgrund des Krieges wurden Entscheidungen für Antragstellende aus dem Gazastreifen mit Schreiben vom 9. Januar 2024 aufgeschoben. Eine Unterrichtung zu den Gründen des Aufschubs erfolgte bei Nachfragen der Antragstellenden zum Sachstand ihres Verfahrens. Bis 30. April 2024 wurde ein entsprechendes Schreiben an 45 Personen aus den palästinensischen Gebieten sowie an 82 Personen mit sudanesischer Staatsangehörigkeit versandt.

Gemäß Artikel 31 Absatz 4 Buchstabe c) AsylVerfRL (2013/32/EU), umgesetzt in § 24 Absatz 5 Satz 3 AsylG, ist neben den betroffenen Ausländern auch die Europäische Kommission über den Aufschub der Entscheidung zu informieren. Die Wahrnehmung dieser Informationspflicht gegenüber der Kommission erfolgt über das BMI und die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union. In beiden oben beschriebenen Fällen, Sudan und Gaza, wurde die EU-Kommission über die Aufschiebung nach § 24 Absatz 5 AsylG unterrichtet.

24. Wie lange war im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 die durchschnittliche Dauer vom Datum der Einreise (wie im System MARiS des BAMF nach Selbstauskunft der Asylsuchenden gespeichert) bis zur formellen Asylantragstellung (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die Daten keine Aussagen etwa zur Gesamtverfahrensdauer von Asylverfahren zulassen, da im Einzelfall der Asylantrag nicht unmittelbar nach der Einreise gestellt worden ist und mitunter längere Zeitabstände zwischen Einreise und Asylantragstellung liegen, die nicht durch das BAMF beeinflussbar sind (bspw. Weiterreise der Personen). Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Staatsangehörigkeit	**Dauer von Datum der Einreise bis Antragstellung, Jahr 2023 (in Monaten)**
Gesamt	4,2
darunter:	
Syrien	4,7
Türkei	2,8
Afghanistan	3,3
Irak	5,3
Iran	3,1
Georgien	3,2
Russische Föderation	3,5
Somalia	5,3
Eritrea	7,8
Ungeklärt	8,4

Staatsangehörigkeit	Dauer von Datum der Einreise bis Antragstellung, 01.01.–30.04.2024 (in Monaten)
Gesamt	5,3
darunter:	
Syrien	6,0
Afghanistan	3,1
Türkei	4,0
Irak	4,9
Somalia	7,8
Iran	2,9
Ungeklärt	5,7
Russische Föderation	5,0
Kolumbien	1,9
Venezuela	1,8

25. Wie bewertet die Bundesregierung AnkER- und funktionsgleiche Einrichtungen, weil die durchschnittliche Asylverfahrensdauer dort länger als im allgemeinen Durchschnitt ist, obwohl deren Einführung mit angeblich schnelleren Verfahren begründet worden war (vgl. Vorbemerkung der Fragestellenden und Antwort zu Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 20/6052)?

Das Konzept der AnkER-Einrichtungen wird von der Bundesregierung nicht weiterverfolgt (siehe Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Ungeachtet dessen verfolgt die Bundesregierung weiterhin das Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesbehörden im Asylprozess zu verbessern. Dabei wird auch auf bewährte Elemente des AnkER-Konzeptes zurückgegriffen, wie beispielsweise die frühestmögliche Feststellung der Herkunft und Identität von Schutzsuchenden.

26. Welche Angaben kann die Bundesregierung zur absoluten Zahl, zum Anteil (an allen Verfahren) und zu inhaltlichen Entscheidungen bei beschleunigten Asylverfahren nach § 30a AsylG im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 machen (bitte, soweit möglich, nach Standorten, den zehn wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten, Algerien, Marokko und Tunesien differenzieren; bitte wie in der Antwort zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 19/30711 darstellen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Alle Staats-angehörigen	351.915	329.120	22.795	261.601	1.824	40.701	71.290	21.462	61.778	64.546
davon										
sichere HKL***	26.782	18.062	8.720	29.081	1	25	26	60	17.601	11.368
Beschleunigte Verfahren	630 *	289 *	341 *	196 **	0	0	0	0	80 **	116 **
Anteil Beschleu-nigte Verfahren in %	0,2 %	0,1 %	1,5 %	0,1 %	0	0	0	0	0,1 %	0,2 %

* Verfahren wurden als beschleunigtes Verfahren begonnen, ** Verfahren wurden im beschleunigten Verfahren entschieden, *** sichere HKL inklusive Georgien und Moldau

Beschleunigte Verfahren:

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Insgesamt	630 *	289 *	341 *	196 **	0	0	0	0	80 **	116 **
davon										
Nordmazedonien	231	117	114	103	0	0	0	0	33	70
Serbien	137	44	93	51	0	0	0	0	20	31
Albanien	65	58	7	31	0	0	0	0	24	7
Georgien	61	34	27	4	0	0	0	0	1	3
Moldau	18	10	8	2	0	0	0	0	2	0
Kosovo	17	1	16	1	0	0	0	0	0	1
Syrien	14	1	13	0	0	0	0	0	0	0
Russische Föderation	13	0	13	0	0	0	0	0	0	0
Nigeria	12	0	12	0	0	0	0	0	0	0
Bosnien und Herzegowina	11	4	7	4	0	0	0	0	0	4
Ghana	11	10	1	0	0	0	0	0	0	0
Senegal	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0
Montenegro	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Algerien	3	1	2	0	0	0	0	0	0	0

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh-nungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Marokko	8	2	6	0	0	0	0	0	0	0
Tunesien	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0
sonstige	21	1	20	0	0	0	0	0	0	0

* Verfahren wurde als beschleunigtes Verfahren begonnen, ** Verfahren wurden im beschleunigten Verfahren entschieden

Jahr 2023 nach Außenstellen	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh-nungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Insgesamt	630 *	289 *	341 *	196 **	0	0	0	0	80 **	116 **
AS Mönchengladbach im AZ	380	212	168	103	0	0	0	0	69	98
AS Bamberg in AnkER	147	21	126	4	0	0	0	0	0	1
AS Halberstadt im AZ	41	16	25	2	0	0	0	0	0	4
AS Essen	20	0	20	1	0	0	0	0	0	13
Sonstige***	42	40	2	86	0	0	0	0	11	0

* Verfahren wurde als beschleunigtes Verfahren begonnen, ** Verfahren wurden im beschleunigten Verfahren entschieden, *** Teilmenge kleiner 15

01.01.–30.04.2024	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ableh-nungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Alle Staats-angehörigen	92.545	84.984	7.561	107.557	591	13.165	29.522	6.847	28.844	28.588
davon										
sichere HKL	6.180	3.700	2.480	9.963	3	4	8	37	6.392	3.519
Beschleunigte Verfahren	278*	161*	117*	78**	0	0	0	0	66**	12**
Anteil Beschleu-nigte Verfahren in %	0,3 %	0,2 %	1,5 %	0,1 %	0	0	0	0	0,2 %	0,3 %

* Verfahren wurden als beschleunigtes Verfahren begonnen, ** Verfahren wurden im beschleunigten Verfahren entschieden

Beschleunigte Verfahren:

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Insgesamt	278 *	161 *	117 *	78 **	0	0	0	0	66 **	12 **
davon										
Nordmazedonien	50	37	13	30	0	0	0	0	23	7
Georgien	43	36	7	14	0	0	0	0	13	1
Serbien	38	16	22	7	0	0	0	0	7	0
Moldau	31	21	10	4	0	0	0	0	4	0
Albanien	25	11	14	6	0	0	0	0	5	1
Kosovo	22	14	8	7	0	0	0	0	7	0
Bosnien und Herzegowina	13	11	2	5	0	0	0	0	4	1
Syrien	12	1	11	0	0	0	0	0	0	0
Irak	10	0	10	0	0	0	0	0	0	0
Russische Föderation	9	0	9	0	0	0	0	0	0	0
Montenegro	1	0	1	1	0	0	0	0	0	1
Algerien	6	4	2	1	0	0	0	0	1	0
Marokko	7	5	2	3	0	0	0	0	2	1
Tunesien	4	4	0	0	0	0	0	0	0	0
sonstige	7	1	6	0	0	0	0	0	0	0

* Verfahren wurde als beschleunigtes Verfahren begonnen, ** Verfahren wurden im beschleunigten Verfahren entschieden

01.01.–30.04.2024 nach Außenstellen	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Insgesamt	278 *	161 *	117 *	78 **	0	0	0	0	66 **	12 **
davon										
AS Halberstadt im AZ	103	82	21	37	0	0	0	0	33	4
AS Bamberg in AnkER	74	12	62	6	0	0	0	0	6	0
AS Mönchengladbach im AZ	28	14	14	6	0	0	0	0	0	6

01.01.–30.04.2024 nach Außenstellen	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
AS Heidelberg im AZ	24	19	5	14	0	0	0	0	14	0
Sonstige***	49	34	15	15	0	0	0	0	13	2

* Verfahren wurde als beschleunigtes Verfahren begonnen, ** Verfahren wurden im beschleunigten Verfahren entschieden, *** Teilmenge kleiner 6

27. Welche Angaben kann die Bundesregierung zur absoluten Zahl, zum Anteil (an allen Verfahren) und zu inhaltlichen Entscheidungen bei Verfahren machen, die in AnkER- bzw. funktionsgleichen Einrichtungen (bitte differenzieren) im Jahr 2023 bzw. im bisherigen Jahr 2024 abgeschlossen wurden (bitte jeweils auch nach Bundesländern sowie den zehn wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten, Algerien, Marokko und Tunesien differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Jahr 2023	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Verfahren gesamt	351.915	329.120	22.795	261.601	1.824	40.701	71.290	21.462	61.778	64.546
davon AnkER-Einrichtungen	51.628	48.622	3.006	29.789	234	3.909	11.919	2.456	7.694	3.577
Anteil in %	14,7 %	14,8 %	13,2 %	11,4 %	12,8 %	9,6 %	16,7 %	11,4 %	12,5 %	5,5 %
davon Funktionsgleiche Einrichtungen	67.028	62.190	4.838	39.178	222	6.757	12.265	4.126	11.190	4.618
Anteil in %	19,0 %	18,9 %	21,2 %	15,0 %	12,2 %	16,6 %	17,2 %	19,2 %	18,1 %	7,2 %

Jahr 2023	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
AnkER-Einrichtungen nach Bundesländer gesamt	51.628	48.622	3.006	29.789	234	3.909	11.919	2.456	7.694	3.577
Baden-Württemberg	69	64	5	151	-	29	43	18	49	12
Bayern	40.958	38.460	2.498	21.759	192	2.896	8.385	2.082	5.238	2.966

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Berlin	10	7	3	20	-	1	6	-	12	1
Brandenburg	2	-	2	1	-	-	-	-	1	-
Bremen	1	1	-	2	-	1	-	-	1	-
Hamburg	2	1	1	1	-	-	-	-	-	1
Hessen	12	10	2	17	-	3	2	-	10	2
Mecklenburg-Vorpommern	13	13	-	46	-	6	8	1	30	1
Niedersachsen	15	8	7	40	-	1	4	6	23	6
Nordrhein-Westfalen	25	17	8	64	-	9	5	3	24	23
Rheinland-Pfalz	48	46	2	47	-	15	12	6	13	1
Saarland	4.557	4.391	166	3.122	12	542	1.970	91	357	150
Sachsen	5.527	5.239	288	4.331	30	357	1.422	233	1.900	389
Sachsen-Anhalt	3	1	2	128	-	48	59	15	2	4
Schleswig-Holstein	3	2	1	2	-	-	-	-	1	1
Thüringen	7	7	-	7	-	1	3	1	2	-
Unbekannt	376	355	21	51	-	-	-	-	31	20

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Funktionsgleiche Einrichtungen nach Bundesländer gesamt	67.028	62.190	4.838	39.178	222	6.757	12.265	4.126	11.190	4.618
Baden-Württemberg	18.772	17.279	1.493	7.955	49	1.343	1.641	650	2.643	1.629
Bayern	23	14	9	43	1	7	1	5	18	11
Berlin	30	10	20	43	3	6	2	7	9	16
Brandenburg	10.033	9.390	643	4.788	22	597	2.278	219	1.113	559
Bremen	2	1	1	7	-	1	3	-	2	1
Hamburg	8.190	7.694	496	5.534	42	1.554	1.123	1.070	1.180	565
Hessen	14	9	5	41	1	17	9	5	6	3

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Mecklenburg-Vorpommern	6.329	5.964	365	4.080	16	770	1.236	353	1.220	485
Niedersachsen	71	63	8	265	2	29	39	24	145	26
Nordrhein-Westfalen	36	23	13	68	-	15	10	-	24	19
Rheinland-Pfalz	10	5	5	90	1	33	5	32	12	7
Saarland	1	1	-	2	-	-	2	-	-	0
Sachsen	11.691	10.861	830	8.228	36	820	3.435	644	2.635	658
Sachsen-Anhalt	61	54	7	164	-	30	68	15	49	2
Schleswig-Holstein	11.746	10.812	934	7.859	48	1.535	2.411	1.101	2.128	636
Thüringen	4	4	-	5	1	-	2	1	1	0
Unbekannt	15	6	9	6	-	-	-	-	5	1

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
AnkER-Einrich-tungen gesamt	51.628	48.622	3.006	29.789	234	3.909	11.919	2.456	7.694	3.577
AS Augsburg in AnkER	7.044	6.727	317	2.348	18	513	544	233	629	411
AS Bamberg in AnkER	7.078	6.745	333	3.396	37	183	1.259	75	1.094	748
AS Deggendorf in AnkER	4.195	4.026	169	3.335	37	174	2.377	73	481	193
AS Dresden in AnkER	5.540	5.254	286	4.395	30	364	1.429	232	1.949	391
AS Lebach in AnkER, LAS	4.599	4.429	170	3.255	12	565	2.011	109	399	159
AS Manching in AnkER	4.275	3.990	285	3.253	11	584	748	746	783	381
AS Regensburg in AnkER	4.736	4.503	233	2.750	7	231	1.824	84	299	305

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
AS Schweinfurt in AnkER	6.390	6.127	263	2.689	25	811	526	766	296	265
AS Zirndorf in AnkER	7.771	6.821	950	4.368	57	484	1.201	138	1.764	724

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Funktionsgleiche Einrichtungen ge-samt	67.028	62.190	4.838	39.178	222	6.757	12.265	4.126	11.190	4.618
AS Chemnitz im AZ, LAS	6.581	5.930	651	5.015	14	448	1.646	333	2.059	515
AS Eisenhütten-stadt, LAS	10.072	9.411	661	4.950	31	614	2.350	239	1.136	580
AS Hamburg im AZ, LAS	8.199	7.704	495	5.486	43	1.540	1.123	1.030	1.174	576
AS Heidelberg im AZ	18.806	17.300	1.506	8.125	53	1.401	1.661	683	2.677	1.650
AS Leipzig im AZ	5.205	5.004	201	3.721	25	449	1.996	359	732	160
AS Neumünster, LAS	11.773	10.830	943	8.332	48	1.584	2.461	1.224	2.352	663
AS Schwerin im AZ	6.392	6.011	381	3.549	8	721	1.028	258	1.060	474

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
AnkER-Einrich-tungen nach Staatsangehörig-keiten gesamt	51.628	48.622	3.006	29.789	234	3.909	11.919	2.456	7.694	3.577
darunter										
Syrien	17.953	17.673	280	12.998	17	1.297	11.415	52	10	207
Afghanistan	8.794	8.546	248	3.784	66	1.422	142	1.995	31	128
Türkei	6.692	6.501	191	1.912	17	165	11	3	1.401	315
Irak	1.727	1.465	262	1.494	-	158	78	61	833	364
Georgien	1.548	1.435	113	1.095	-	-	-	4	739	352
Iran	1.178	1.064	114	589	8	118	7	2	356	98
Nordmazedonien	543	344	199	610	-	-	-	-	370	240
Russische Föderation	1.596	1.411	185	311	28	14	2	-	119	148
Somalia	916	847	69	407	3	163	43	144	16	38
Eritrea	542	522	20	506	29	294	75	7	80	21
Serbien	234	144	90	233	-	-	-	1	146	86
Moldau	503	230	273	709	-	-	-	1	320	388
Albanien	181	124	57	181	-	-	-	1	123	57
Bosnien und Herzegowina	129	96	33	156	-	-	-	-	110	46
Kosovo	44	23	21	51	-	-	-	-	19	32
Ghana	41	37	4	21	-	1	-	-	7	13
Montenegro	13	11	2	20	-	-	-	-	17	3
Senegal	28	21	7	21	-	-	-	1	10	10
Algerien	376	327	49	198	-	4	1	3	78	112
Tunesien	686	651	35	340	1	7	-	-	237	95
Marokko	253	225	28	119	-	4	-	-	65	50

Jahr 2023	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylberech-tigung Arti-kel 16a GG	Flücht-lingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Funktionsgleiche nach Staatsange-hörigkeiten ge-samt	67.028	62.190	4.838	39.178	222	6.757	12.265	4.126	11.190	4.618
darunter										
Syrien	17.442	17.097	345	13.062	17	1.059	11.685	79	7	215
Afghanistan	12.588	11.962	626	7.764	78	3.714	132	3.393	228	219
Türkei	12.350	11.971	379	3.474	19	379	26	11	2.621	418
Irak	2.396	2.123	273	1.963	3	162	74	83	1.303	338
Georgien	1.771	1.531	240	1.607	-	4	-	2	1.268	333
Iran	2.368	2.146	222	1.021	18	289	20	12	517	165
Nordmazedonien	1.420	742	678	1.405	-	-	-	-	589	816
Russische Föderation	2.433	1.932	501	609	9	53	29	1	321	196
Somalia	869	773	96	540	5	259	39	171	25	41
Eritrea	604	582	22	551	21	374	63	3	66	24
Serbien	486	253	233	480	-	-	-	-	236	244
Moldau	107	103	4	108	-	-	-	-	98	10
Albanien	320	250	70	323	-	-	-	1	206	116
Bosnien und Herzegowina	211	111	100	169	-	-	1	1	74	93
Kosovo	101	53	48	94	-	-	-	-	58	36
Ghana	69	52	17	57	-	-	-	-	29	28
Montenegro	41	25	16	43	-	-	-	1	32	10
Senegal	29	25	4	16	-	-	-	1	13	2
Algerien	494	408	86	266	-	4	1	-	149	112
Tunesien	615	536	79	410	3	7	-	1	255	144
Marokko	342	292	50	183	-	5	-	-	87	91

Zeitraum: 1. Januar bis 30. April 2024:

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Verfahren gesamt	92.545	84.984	7.561	107.557	591	13.165	29.522	6.847	28.844	28.588
Davon AnkER-Einrichtungen	14.982	13.926	1.056	12.577	95	1.365	4.566	1.196	3.557	1.798
Anteil in %	16,2 %	16,4 %	14,0 %	11,7 %	16,1 %	10,4 %	15,5 %	17,5 %	12,3 %	6,3 %
davon Funktionsgleiche Einrichtungen	15.835	14.360	1.475	17.219	102	2.371	5.478	1.321	5.718	2.229
Anteil in %	17,1 %	16,9 %	19,5 %	16,0 %	17,3 %	18,0 %	18,6 %	19,3 %	19,8 %	7,8 %

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
AnkER-Einrichtungen nach Bundesländer gesamt	14.982	13.926	1.056	12.577	95	1.365	4.566	1.196	3.557	1.798
Baden-Württemberg	31	26	5	45	3	7	9	7	16	3
Bayern	12.486	11.627	859	9.375	77	1.024	2.936	1.013	2.807	1.518
Berlin	3	1	2	7	-	-	5	-	1	1
Brandenburg	-	-	-	1	-	-	1	-	-	-
Bremen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hamburg	3	1	2	3	-	-	-	-	1	2
Hessen	9	6	3	8	-	1	-	-	4	3
Mecklenburg-Vorpommern	7	7	-	4	-	1	1	1	-	1
Niedersachsen	3	2	1	8	-	1	-	-	7	-
Nordrhein-Westfalen	7	1	6	17	-	3	3	-	9	2
Rheinland-Pfalz	27	25	2	45	-	1	22	7	11	4
Saarland	1.008	965	43	1.499	5	228	1.092	35	65	74
Sachsen	1.280	1.154	126	1.539	10	99	494	132	624	180
Sachsen-Anhalt	-	-	-	3	-	-	3	-	-	-

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Schleswig-Holstein	1	1	-	1	-	-	-	-	-	1
Thüringen	1	-	1	2	-	-	-	1	-	1
Unbekannt	1	110	6	20	-	-	-	-	12	8

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Funktionsgleiche Einrichtungen nach Bundesländer gesamt	15.835	14.360	1.475	17.219	102	2.371	5.478	1.321	5.718	2.229
Baden-Württemberg	3.657	3.269	388	3.751	33	476	737	336	1.439	730
Bayern	11	5	6	9	-	-	-	1	3	5
Berlin	8	6	2	18	-	5	-	-	8	5
Brandenburg	2.112	1.981	131	2.353	5	195	980	87	796	290
Bremen	1	-	1	4	-	1	-	1	2	-
Hamburg	2.186	2.004	182	2.118	20	475	701	227	479	216
Hessen	1	1	-	13	-	6	-	1	5	1
Mecklenburg-Vorpommern	1.673	1.513	160	1.705	2	281	536	125	552	209
Niedersachsen	26	19	7	80	-	12	47	3	10	8
Nordrhein-Westfalen	18	4	14	15	-	7	-	1	4	3
Rheinland-Pfalz	5	2	3	8	-	2	-	-	4	2
Saarland	-	-	-	2	-	-	-	-	1	1
Sachsen	2.953	2.686	267	3.750	26	325	1.334	258	1.468	339
Sachsen-Anhalt	25	25	-	36	-	14	16	4	-	2
Schleswig-Holstein	3.151	2.837	314	3.350	16	572	1.120	277	947	418
Thüringen	7	7	-	7	-	-	7	-	-	-
Unbekannt	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
AnkER-Einrichtungen gesamt	14.982	13.926	1.056	12.577	95	1.365	4.566	1.196	3.557	1.798
AS Augsburg in AnkER	2.250	2.143	107	870	2	159	147	122	203	237
AS Bamberg in AnkER	2.348	2.226	122	1.795	14	61	681	24	700	315
AS Deggendorf in AnkER	1.571	1.481	90	1.624	14	104	1.205	31	160	110
AS Dresden in AnkER	1.283	1.159	124	1.550	10	100	502	134	624	180
AS Lebach in AnkER, LAS	1.037	990	47	1.564	6	234	1.114	43	88	79
AS Manching in AnkER	834	741	93	1.274	17	253	120	479	244	161
AS Regensburg in AnkER	1.974	1.866	108	948	2	46	419	10	313	158
AS Schweinfurt in AnkER	1.625	1.549	76	1.053	12	241	113	309	208	170
AS Zirndorf in AnkER	2.060	1.771	289	1.899	18	167	265	44	1.017	388

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Funktionsgleiche Einrichtungen gesamt	15.835	14.360	1.475	17.219	102	2.371	5.478	1.321	5.718	2.229
AS Chemnitz im AZ, LAS	1.402	1.231	171	2.381	12	217	794	104	1.014	240
AS Eisenhüttenstadt, LAS	2.188	2.048	140	2.394	5	203	984	89	814	299
AS Hamburg im AZ, LAS	2.204	2.016	188	2.131	20	474	704	228	487	218

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
AS Heidelberg im AZ	3.675	3.274	401	3.764	33	479	735	339	1.441	737
AS Leipzig im AZ	1.585	1.489	96	1.557	14	158	618	167	493	107
AS Neumünster, LAS	3.154	2.835	319	3.356	16	578	1.115	278	950	419
AS Schwerin im AZ	1.627	1.467	160	1.636	2	262	528	116	519	209

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
AnkER-Einrichtungen nach Staatsangehörigkeiten gesamt	14.982	13.926	1.056	12.577	95	1.365	4.566	1.196	3.557	1.798
darunter										
Syrien	5.662	5.452	210	4.943	10	389	4.354	13	1	176
Afghanistan	2.218	2.151	67	1.728	19	553	57	1.030	19	50
Türkei	1.365	1.296	69	1.050	2	58	6	0	718	266
Irak	494	384	110	481	-	38	15	23	231	174
Georgien	249	216	33	611	-	-	3	5	490	113
Russische Föderation	551	512	39	228	8	13	-	1	120	86
Iran	322	279	43	183	5	31	8	-	92	47
Nordmazedonien	109	60	49	203	-	-	-	-	124	79
Tunesien	260	244	16	511	-	8	-	-	379	124
Somalia	473	454	19	133	11	52	9	36	9	16
Serbien	67	39	28	88	-	-	-	1	47	40
Moldau	87	28	59	164	-	-	-	-	72	92
Albanien	29	20	9	56	-	-	-	2	43	11
Bosnien und Herzegowina	27	25	2	29	-	-	-	-	26	3
Kosovo	69	39	30	39	-	-	-	-	14	25

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Ghana	15	13	2	14	-	-	-	-	7	7
Montenegro	5	3	2	3	-	-	-	-	2	1
Senegal	18	16	2	15	-	-	-	-	10	5
Algerien	192	177	15	203	1	4	1	-	96	101
Marokko	129	117	12	157	-	5	-	-	88	64

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Funktionsgleiche nach Staatsangehörigkeiten gesamt	15.835	14.360	1.475	17.219	102	2.371	5.478	1.321	5.718	2.229
darunter										
Syrien	3.648	3.393	255	5.881	6	340	5.287	28	1	219
Afghanistan	2.949	2.751	198	2.550	50	1.223	31	996	164	86
Türkei	2.238	2.080	158	2.134	6	217	4	6	1.512	389
Irak	591	538	53	713	-	82	21	27	430	153
Georgien	248	197	51	478	-	-	-	-	366	112
Russische Föderation	520	421	99	430	9	12	3	10	264	132
Iran	627	596	31	416	8	93	12	4	245	54
Nordmazedonien	337	234	103	491	-	-	-	-	286	205
Tunesien	191	164	27	251	1	-	-	1	168	81
Somalia	321	291	30	160	6	65	9	37	19	24
Serbien	185	96	89	226	-	1	-	1	119	105
Moldau, Republik	35	35	-	35	-	-	-	-	34	1
Albanien	83	44	39	110	-	-	-	-	70	40
Bosnien und Herzegowina	36	12	24	70	-	-	-	-	22	48
Kosovo	89	55	34	84	-	-	-	1	48	35
Ghana	28	23	5	27	-	-	-	1	16	10
Montenegro	7	3	4	8	-	-	-	-	5	3

01.01.–30.04.2024	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Artikel 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Senegal	10	8	2	9	-	-	-	-	6	3
Algerien	150	124	26	163	-	-	-	-	109	54
Marokko	112	93	19	139	-	3	1	-	90	45

28. Stimmt die Bundesregierung der Auffassung der Fragestellenden zu, dass ein Kernanliegen des Gesetzes zur Einführung beschleunigter Asylverfahren (Bundestagsdrucksache 18/7538) in der Praxis kaum eine Rolle spielt, wenn im ersten Halbjahr 2023 gerade einmal 82 Asylanträge (81 davon in Mönchengladbach) im beschleunigten Verfahren nach § 30a AsylG innerhalb der gesetzlichen Wochenfrist entschieden wurden, was 0,06 Prozent aller BAMF-Entscheidungen in diesem Zeitraum ausmacht (vgl. die Antworten zu den Fragen 25 und 26 auf Bundestagsdrucksache 20/8787), zumal auch die Bundesregierung von hohen organisatorischen und personellen Anforderungen aufgrund der gesetzlichen Wochenfrist spricht (vgl. ebd., Antwort zu Frage 27; bitte begründen)?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung der Fragestellenden nicht. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 27 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/8787 verwiesen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333